

Der

Ausgabe 7
Winter 2002

Störenfried

- unabhängig & unerbittlich -

Spendenpreis: 0,80€

Why?



Why not?



Bundeswehr



Nur wer sich ändert bleibt sich treu.

Inhalt

3 Zu diesem Heft

4 Öl oder Sand im Getriebe der Welt?

Die Linke am Scheideweg

**8 Den Naziaufmarsch in Magdeburg
verhindern!**

Aufruf Magdeburger Gruppen

10 Die Legende vom deutschen

Widerstand

*Henning von Tresckow und die Geschichtsklitterung
in Magdeburg*

14 Zitate des Quartals

**15 Ein Menschenjäger kommt selten
allein**

Zur rassistischen Normalität in Rußland

20 Hey Mr. Taliban, wo bist Du?

Aktueller Bericht aus Afghanistan

23 Die USA und der (ihr) Terror

Escuela de Golpes - Schule der Terroristen

25 Kleiner Politkrimi

mit großen Gestalten der deutschen Bankgeschichte

29 Jenseits der Globalisierung

Das „Handbuch für lokales Wirtschaften“

30 Zeitungsschau

32 Das heiße Eisen im Fegefeuer

Die neue »Schnitter«-CD

34 Jazzimprovisationen vom Feinsten

Ein Jazzabend in der Kammer

35 Die Demo

Eine Glosse

36 Termine

Zu diesem Heft

Was lange währt, wird selten gut - oder wie ging das nochmal? Jedenfalls haben wir uns diesmal ziemlich Zeit gelassen mit der neuen Ausgabe. Zu unserer Entschuldigung können wir aber noch vorbringen, dass es im Dezember ein Sonderausgabe aus Anlaß des Afghanistan-Krieges gegeben hat. An fehlenden Artikeln hat's jedenfalls nicht gelegen, auch diesmal hatten wir wieder mehr, als wir verwerten konnten. Allerdings gab es einige Differenzen, was wir nun ins Heft bringen wollen. Auch sind diesmal die Berichte aus der Region recht dünn gesät, obwohl so einiges stattgefunden hat. Allerdings halten es die Beteiligten genausowenig für nötig, Berichte zu schicken, wie wir selbst auch nur sporadisch selber was vor Ort recherchieren. Über mangelnde Zuarbeit bezüglich Veranstaltungsterminen zu lamentieren, erübrigt sich. Die Linke - uns eingeschlossen - ist lieber für „Spontaneität“ zu haben. Vorausplanung ist für uns genauso Tabu, wie Planwirtschaft für die Liberalen. So kommt es auch, dass vom Blauen Welt Archiv diesmal keine einzige Veranstaltung im Terminkalender zu finden ist. Aber wir werden - hoffentlich - die Zeit bis zur nächsten Ausgabe nutzen und uns Gedanken machen, in welcher Form wir nun weitermachen wollen.

Ansonsten gibt's diesmal eine „bunte Mischung“ an Diskussionsbeiträgen und Hintergrundartikeln. Die politische Landschaft ist in Bewegung geraten - und das nicht erst seit den Ereignissen vom 11. September. Eingeleitet wird die vorliegende Ausgabe mit einem Beitrag über die Verfassung und Aussichten der Linken im Allgemeinen, der sich aber problemlos auf die Situation in Magdeburg übertragen lässt. Auf Reaktionen sind wir jedenfalls gespannt. Auch dem The-

ma „religiöser und staatlicher Terror“ sind wieder zwei Artikel gewidmet. Einer stammt von unserem Afghanistan- „Korrespondenten“ Willy Kemmerer, der die Lage vor Ort aus seiner persönlichen Erfahrung beschreibt (Willy ist als Arzt der Hilfsorganisation „Hammerforum“ seit mehreren Monaten in Afghanistan tätig.), der andere berichtet von der durch die USA geförderten Ausbildung von Terroristen in der „Escuela de Golpes“.

Endlich erscheint auch der Beitrag über die Situation der Rechten in Russland, geschrieben von der Leningrader Referentin der Veranstaltung „Europa rechtsausen“ vom August letzten Jahres. Und um die Verherrlichung rechter Traditionen durch unsere demokratischen Institutionen, speziell auch in Magdeburg, geht es in einem Beitrag über den Verschwörer vom 20. Juli gegen Hitler, Henning von Tresckow, der seinerseits jede Menge Dreck am Stecken hatte. Zuguterletzt gibt's diesmal einige Zeitschriften-, Buch-, Konzert- und Plattenvorstellungen und den diesmal nicht so prall gefüllten Terminkalender.

Viel Spass bei der Lektüre wünschen

die Störenfriede

Das Titelbild stammt übrigens nicht von uns. Das den aktuellen politischen Trends angepasste bekannte Motiv der Friedensbewegung stammt von den Web-Seiten der Kommunikationsguerilla (<http://www.contrast.org/KG/>). Dort liegt es auch als Plakat bzw. Postkarte zum Download bereit. Es ist lediglich leicht den Erfordernissen der Gestaltung des Störenfried-Titels angepasst worden.

Öl oder Sand im Getriebe der Welt?

Die Linke am Scheideweg

Mit dem rasanten Erstarren der Bewegung der GlobalisierungskritikerInnen hat sich die Situation der Linken – nicht nur in Deutschland – scheinbar (?) zum Besseren gewendet. Endlich gibt es wieder ein gemeinsames Projekt der verschiedensten Fraktionen und Ein-Punkt-Bewegungen: der Protest gegen die neoliberale Globalisierung.

Jedoch kann mensch beim Blick hinter die einigende Fassade des Protestes gegen die Globalisierung sehr unterschiedliche Vorstellungen vom Kampf für Alternativen feststellen. Das betrifft nicht nur die Form dieses Kampfes (gewaltfrei oder militant?) sondern vor allem die Frage, was denn an die Stelle des neoliberalen Globalisierungsprojektes von oben treten soll. Schon die Umarmungsversuche von PolitikerInnen und Medien für einen Teil der Protestbewegung sollten mißtrauisch machen, inwieweit die eigenen Forderungen nicht letztendlich wieder zur Entstehung einer neuen systemstabilisierenden Bewegung beitragen könnten.

Derzeit macht vor allem ATTAC in den Medien von sich reden. Deren Forderungen nach einer Besteuerung von Finanztransaktionen (die sogenannte "Tobin-Steuer"), eines Schuldenerlasses für Entwicklungsländer der dritten Welt sowie ihr Einsatz für die Verteidigung des Sozialstaates haben ihr Sympathien bis weit in die etablierten Parteien hinein gebracht. Das muß zwar nicht unbedingt verwerflich sein, jedoch sollte es mensch schon zu denken geben, wenn aus Parteien, die wesentlich mit ihrer Politik zur derzeitigen katastrophalen Situation beigetragen haben,

der Ruf nach einem Eingehen auf die Forderungen eines Teils der weltweiten Protestbewegungen ertönt.

Wo Schatten ist...

Daß es Teile der "politischen Klasse" mit ihren Vereinnahmungsversuchen mitunter recht leicht haben, ist nicht zuletzt der weitverbreiteten Theorielosigkeit der Protestbewegung geschuldet. Anders als etwa 1968 (inwieweit ein solcher Vergleich überhaupt zulässig ist, bleibt abzuwarten) erschöpft sich der Protest hauptsächlich in Demonstrationen und mehr oder minder spektakulären Aktionen gegen die Herrschenden – eine Reflexion der derzeitigen Entwicklungstendenzen oder gar das Entwickeln eigener Gegenstrategien findet faktisch nicht statt. Mit dem gescheiterten Projekt des "Kasernenhofsozialismus" im Ostblock hat eine Verweigerungshaltung gegenüber jeglichen "großen Entwürfen" jenseits von Staat und Marktwirtschaft Einzug gehalten. Den Protestierenden wird dann auch von Seiten des Establishments folgerichtig Realitätssinn bescheinigt, etwa wenn der "Spiegel" (vom 29. Juli 2001) lobend erwähnt: "Anders als die theoriebesessenen 68er verfügen sie weder über eine selbstbewußte Geschichtsphilosophie noch über eine politische Strategie..."

Auf der anderen Seite gibt es heute sehr viele junge Leute, die sich mit den vorgefundenen Verhältnissen nicht abfinden wollen. Bei ihnen paart sich oft eine militante Ablehnung mit hektischem und oft ziellosem Aktionismus, nicht zuletzt, weil die bestehenden linken Gruppen außer der Wiederholung alter Theorien, die es nur endlich

wirklich umzusetzen gelte, wenig zu bieten haben. Hinzu kommt, daß sich bei vielen AktivistInnen selbst ein hoher Grad an Pessimismus breit gemacht hat, den sich die meisten zwar selbst nicht eingestehen wollen, den man aber an ihrem täglichen Handeln bzw. Nichthandeln ablesen kann. Viele Gruppen haben inzwischen den Charakter von Selbsthilfegruppen von "Mit-dem-System-Unzufriedenen" angenommen, deren Mitglieder eigentlich nur noch Gleichgesinnte suchen, mit denen gemeinsam über die Schlechtigkeit der Welt lamentiert werden kann. Man versucht allenfalls noch, "politisch unkorrektes" Handeln der eigenen Leute zu thematisieren, die Realität ringsum, ausserhalb der Szene, wird kaum noch zu reflektieren versucht. Das steht im diametralen Gegensatz zur eigenen Wahrnehmung: man schottet sich ab, versucht das eigene "Handeln" mittels meist halluzinierter staatlicher Verfolgung aufzuwerten und sieht in jedem Interessenten einen potentiellen Zuträger des Verfassungsschutzes. Die Gruppe stellt für ihre Mitglieder im Grunde nur das dar, was für den "Spießler" von nebenan der Kegelclub oder Schrebergartenverein ist, nur daß es bei letzteren wesentlich entspannter zugeht.

Sicher ist es wichtig, daß man sich als AktiveR in der jeweiligen Gruppe auch wohlfühlt und ebenso das eigene Verhalten auch im Kleinen, Privaten als politisches Feld begreift. Eine Beschränkung darauf führt aber sehr schnell zum Sektendasein und führt direkt in die politische Wirkungslosigkeit. Und das nur im günstigen Fall, faktisch ist es oft so, daß viele Menschen, die an systemveränderndem Handeln interessiert sind und in solche Gruppen geraten, von politischer Aktivität dauerhaft abgeschreckt werden.

Andere, die sich immer noch den Anspruch der Veränderung der Gesellschaft gewahrt haben, versuchen wiederum, mittels emsigen Aktionismus inhaltliche Leere zu verdecken, ohne sich das selbst eingestehen zu wollen. Zahllose Veranstaltungen werden organisiert, Plena ins Leben gerufen und Demos organisiert, ohne daß irgendeine Zielrichtung zu erkennen wäre. Oft führt das dazu, daß zwar ein reges Szeneleben auf dem Papier existiert, die Veranstaltung – mangels ausreichender Vorbereitung bzw. Interesses am Thema – diese kaum oder nur von den paar bekannten AktivistInnen besucht werden.

Auch gibt es in den Gruppen einen kleinen Kern von MacherInnen, die – trotz aller Basisdemokratie – die Arbeit bestimmen. So hoch gehandelt Selbstverwaltung und gleiche Mitbestimmungsrechte für alle in der täglichen Argumentation werden – in der Praxis sieht das oft anders aus. Es wird dabei übersehen, daß Direktdemokratie, Anarchie oder wie man das Kind auch nennen will, vor allem eins erfordert: eigenverantwortliches Handeln aller Beteiligten. Viele gehen in linke Gruppen, wie andere in die oft geschmähten Parteien oder Gewerkschaften – mit einer Konsumhaltung, wie man es eben nicht anders gewohnt ist. Für die politische Unterhaltung haben halt die jeweiligen Verantwortlichen zu sorgen, die man eigentlich gar nicht haben will, weil ja eben alle den politischen Kurs mitbestimmen wollen und sollen. Selbstbestimmtes Handeln muß mensch erlernen, da im "normalen", täglichen Leben in der Schule, am Arbeitsplatz oder wo auch immer – entgegen allen Unkenrufen von Zivilgesellschaft, Mitbestimmung etc. – fast immer jemand da ist, der die wirklich wesentlichen Entscheidungen trifft – und damit auch die Betroffenen von aller Verantwortung

(scheinbar) entlastet. Voraussetzung für Veränderungen ist aber die Bereitschaft zum selbstkritischen Denken und Handeln, wer fertige Lösungen sucht, sollte sich am besten gleich bei irgendeiner der zahllosen Parteien der Mitte anmelden.

Mit der Zeit merken aber auch die "Helden der politischen Arbeit", daß ihre Tätigkeit kaum dauerhafte Resultate zeitigt. Es ist nicht weiter verwunderlich, wenn die meisten, die sich im Alter um die 20 der Weltveränderung verschrieben hatten, sich schon ein paar Jahre später ins Privatleben zurückgezogen haben. Meist kommt dann der unterschwellige Vorwurf des "Verrats" der Ideale, was aber meist zu kurz greift. Denn irgendwann, wenn man nicht gerade reiche Vorfahren hat oder aber ein Leben in materieller Anspruchslosigkeit vorzieht, ist auch der arbeitsscheuste Linke gezwungen, ein Einkommen zu erzielen (die Nischen, die es in der Vergangenheit gab, werden – nicht zuletzt auf Grund fehlenden Widerstandes – derzeit immer mehr verstopft). Und wenn dann vielleicht auch noch Nachwuchs ins Haus steht, ist nicht nur die Zeit für politische Arbeit sehr viel knapper geworden, mensch wird auch mit den wirklichen Problemen des Lebens konfrontiert, für deren Thematisierung die Gruppe meist nicht der geeignete Ort ist. Denn dort werden Themen wie Arbeit (oder gar Klassenkampf) allenfalls in Parolenform behandelt, tatsächliche Aktivitäten in diesem Bereich sind dann allenfalls Sache der Gewerkschaften, man selbst ist ja kaum davon betroffen. Das Ergebnis ist, daß sich die Menschen meist aus der – oft weltfremden – politischen Arbeit zurückziehen oder aber Unterschlupf bei der gerade angesagten linken Oppositionspartei sucht. Vor ein paar Jahren waren das die Grünen, heute ist das die PDS und morgen – vielleicht – eine ATTAC-Partei.

Beides läuft in etwa auf dasselbe hinaus: die ehemaligen Systemgegner werden zu Stabilisatoren der (immer noch genauso kapitalistischen) Gesellschaft. Die einen, indem sie als brave Steuerzahler und lebendige Beispiele der Sinnlosigkeit politischer Aktivität ihr Leben fristen, die anderen, weil sie die Widersprüche, die im System sichtbar werden, rechtzeitig zu kitten helfen und etwaigem systemsprengenden Protest jeglichen Wind aus den Segeln nehmen (so z.B. zahllose GewerkschaftsaktivistInnen). Das ist bei den meisten gar kein böser Wille oder gar "Verrat", sondern eine ganz logische Folge der eigenen Verstrickungen, sei es materieller Art (als bezahlte Funktionäre) oder emotionaler Art. Und irgendwann beginnen die meisten auch wirklich daran zu glauben, daß sie zwar in keiner perfekten, aber immer noch in der besten aller möglichen Welten leben – siehe die überwiegende Mehrheit der Achtundsechziger.

... ist auch Licht

Soweit zu den negativen Aspekten der aktuellen Situation. Es gibt aber – wie immer im Leben – auch positive Seiten. Und das sind eben die immer zahlreicher werdenden (Jung-)AktivistInnen, die sich in irgendeiner Form des Protestes gegen die herrschenden Zustände beteiligen. Viele sind auf den Massenprotesten von Seattle bis Genua das erstmal mit den menschenfeindlichen Realitäten der "Moderne" konfrontiert worden. Und sie haben gesehen, daß es eben nicht nur ein paar durchgeknallte Chaoten sind, die sich mit den Gegebenheiten nicht mehr abfinden wollen.

Zudem ist es auch für 120%ige nicht mehr zu verkennen, daß so einiges Scheisse ist, was glänzt. Spätestens der 11. September dürfte zu Tage gebracht haben, daß wirtschaftliche und politische Krise, Staats- und

Privatterrorismus usw. auch jeden hierzu-lande ganz konkret was angeht und der eigene Beitrag zur Verbesserung der Welt sich nicht in korrekter Mülltrennung erschöpfen darf. Das wird sich zwar bei den wenigsten (der älteren) Generation in politischem Handeln niederschlagen, eine Änderung des gesellschaftlichen Klimas bewirkt es dennoch. Selbst am Arbeitsplatz erlebt man wieder häufiger politische Diskussionen, auch wenn deren (Zwischen-?)Ergebnisse meist alles andere als emanzipatorischen Charakter tragen.

Jedenfalls sind die Dinge in Bewegung geraten, eine Situation, wie sie für die meisten Linken noch vor wenigen Jahren undenkbar war. Das Problem ist eben nur, daß die "alte" Linke (die sich vor nicht allzulanger Zeit noch selbst "Neue Linke" nannte) im derzeitigen Zustand im Grunde handlungsunfähig ist. In einigen Fällen ist das auch gut so, mensch denke nur an die zahllosen K-Gruppen stalinistischer oder trotzkistischer Couleur. Eine neue linke Alternative steckt aber noch in den Kinderschuhen. Sie steht vor der Aufgabe, einen radikalen Neuanfang zu wagen. Dabei sind die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, ebenso, wie aktuelle Entwicklungen des globalen Kapitalismus analysiert werden müssen.

Es hat wenig Sinn, jetzt wieder in Aktionismus zu verfallen, weil die ökologische oder faschistische Katastrophe unmittelbar drohe. Vielleicht tut sie das wirklich, vielleicht aber auch nicht. Wohin "Realpolitik" oder Aktionismus führen, haben wir, d.h. die an radikalen Veränderungen Interessierten, in der Vergangenheit zur Genüge probiert. Damit ändert man nichts – zumindest nicht nachhaltig. Es ist Zeit, innezuhalten und sich selbst schonungslos Rechenschaft zu geben und über Sinn und Unsinn des ei-

genen Handelns und dessen Ergebnisse klarzuwerden. Und darauf aufbauend muß man sich Gedanken machen, wohin der Zug gehen könnte und sollte. Vor allem aber müssen wir wieder anfangen, an eigenen, selbstgesetzten lang- und kurzfristigen Zielen ausgerichtet zu agieren.

Wir müssen uns klar darüber werden, daß wir mit unseren (noch?) begrenzten Mitteln auch haushalten müssen, sie nicht in unnützen und frustrierenden Aktionen verschleißeln dürfen. Das ist auch ein wichtiger Grund für eingehende Analyse der Situation: wir haben derzeit nicht die Kraft zum Frontalangriff auf das System als Ganzes. Wir sind daher einfach gezwungen, herauszubekommen, wo wir am effektivsten ansetzen können (wo der Sand im Getriebe des Kapitalismus den meisten Schaden anrichtet – um nochmal auf das Zitat von der Gruppe "Milch und Blut" aus der Überschrift zurückzukommen).

Macht das Kreuz an die richtige Stelle!



Ja, ich will den **Anares-**
Buchvertrieb unterstützen,
damit 's auch weiterhin wider-
spenstige, zündende Bücher gibt.

Schickt mit darum die
Umstrukturierungs-Infos zu!

Adresse:

Anares Bremen ist Anares Nord neu!

Anares

Postfach 10 75 10 · D-28075 Bremen
e-mail: anares-nord@gmx.de

Und dabei werden wir vermutlich sehr schnell herausbekommen, daß es unerlässlich ist, einen, wenn nicht gar den Bereich des Kapitalismus und des eigenen Lebens wieder ins Auge zu fassen, auf dem das ganze System basiert: die Ökonomie. Denn dort wird der alles beherrschende Endzweck des Kapitalismus produziert: der Profit.

Wenn es uns gelingt, in der erwachenden antikapitalistischen Bewegung das Interesse an den tieferen Ursachen der Misere zu

wecken und damit verhindern helfen, daß sie wieder eine neue staatstragende Kraft wird, dann wird es noch einmal richtig interessant. Sorgen wir dafür, daß die ebenso hämische wie zutreffende Kritik des "Spiegel" an den GlobalisierungskritikerInnen: "Der kritische Weltgeist ist müde geworden und klammert sich an die Kürzel des Bösen." alsbald Schnee von gestern ist. Auf geht's!

cx.

Ähnlichkeiten mit der Situation in div. Gruppen Magdeburgs sind durchaus nicht zufällig!

Den Naziaufmarsch in Magdeburg verhindern!

Am 19 Januar 2002 plant der NPD-Kreisverband Magdeburg, mit Unterstützung der Freien Nationalisten, einen Trauermarsch durch Magdeburg. Dieser Trauermarsch soll durch Stadtfeld, dem einzig linken Stadtviertel in Magdeburg führen. Der Anmelder dieses Aufmarsches ist M. Güttler (Pressesprecher der Revolutionären Plattform der NPD/Vorsitzender des NPD-KV Magdeburg). Anlass dieses Aufmarsches ist die Zerstörung Magdeburgs im 2. Weltkrieg. Uns ist egal, unter welchem Vorwand die Faschisten marschieren wollen. Wir werden versuchen, diesen Aufmarsch der Neonazis mit allen Mitteln und auf allen Ebenen zu verhindern. Dabei hoffen wir auf eure Unterstützung.

Die endgültige Route der Neonazis werden wir rechtzeitig bekannt geben. Wir rufen zu dezentralen Aktionen auf. Gleichzeitig ist eine Demo und eine bürgerliche Kundgebung geplant, die als Anlaufpunkte genutzt werden können. Auch ein Infotelefon wird an diesem Tag bereit stehen.

Sowohl die Kundgebung, als auch die Demonstration werden aller Wahrscheinlichkeit nach in Stadtfeld stattfinden. Nähere Informationen erhaltet ihr über die u.g. Adressen. Abends wird auf jeden Fall noch ein Konzert im alternativen Jugendclub "Knast" stattfinden.

Wir wissen, dass die Neonazis für diesen Tag überregional mobilisiert haben. Deshalb bitten wir alle AntifaschistInnen, uns am 19.01.2002 zu unterstützen. Schlafplätze sind vorhanden, meldet euch einfach bei Bedarf übers Infotelefon.

Mit solidarischen Grüßen

Autonomer Zusammenschluss Magdeburg, HausbesetzerInnen der "Ulrike", Venceremos-Magdeburg, Arbeitskreis Antifaschismus Magdeburg (AKA)

Infos unter:

www.az-md.org bzw. azmagdeburg@hotmail.com bzw.

Infotelefon: 0178-2610989

Wieder eine "Spaßpartei" mehr in Sachsen-Anhalt

Am Montag den 10.12.01 trafen sich Schill und seine Untertanen in Magdeburg, um ihren Landesverband der "Partei Rechtsstaatliche Offensive" für Sachsen-Anhalt zu gründen. Da der Termin und Treffpunkt in den Medien verschwiegen wurde, machten sich einige Antifas, die durch Recherchen der Antifa HA-QU den Ort des Treffens in Erfahrung gebracht hatten, auf den Weg zum Schleinufer 11. Dort befindet sich das Büro der "Spaßpartei" – ein Ort, den man sich merken sollte. Einige wenige Magdeburger versuchten zur Pressekonferenz vor-

zudringen, wurden aber von Bodyguards aufgehalten. Dabei wurden sie von der Polizei, die mit mehreren Sixpacks vor Ort war, unterstützt.

Auch wenn es diesmal nicht gelungen ist, die Veranstaltung der „CSU des Nordens“ wirksam zu behindern, so haben wir doch die Chance, uns im diesjährigen Wahlkampf zu revanchieren - Schill hat die Absicht, in dieser Zeit einmal pro Woche nach Sachsen-Anhalt zu kommen.

In diesem Sinne ein kämpferisches neues Jahr für die Magdeburger Linke!



Magdeburgs PROblembürger beim Warten auf den Gauleiter

Ulrike bleibt!

Im Frühjahr 2000 besetzten mehrere Jugendliche das - zuvor mehrere Jahre leerstehende - Hinterhaus der Gr. Diesdorfer Str. 15. Die BesetzerInnen haben sich auf diese Weise nicht nur einen Freiraum zum Leben geschaffen, sondern bieten auch Platz für verschiedene soziale und kulturelle Projekte. So entstand z.B. ein Infoladen, ein An- und Verkauf und ein Café. In der Vergangenheit fanden dort Infoveranstaltungen, Konzerte und Volkküchen statt. Die BesetzerInnen versuchten mit diesem Hausprojekt ihrem Traum von einem herrschaftsfreien Leben ein Stück näher zu kommen, was ihnen - zumindest ansatzweise - auch gelang.

Bisher wurde die Besetzung sowohl von der Stadt, als auch von den EigentümerInnen, einer Erbegemeinschaft, geduldet. Im Dezember 2001 wurde von Ordnungsamt, Gewerbeaufsichtsamt und Feuerwehr ein Termin für eine Begehung festgesetzt. Die BesetzerInnen vermuten, dass damit eine Räumung bevorstehen könnte. Inzwischen sind jedoch Verhandlungen mit der Stadtverwaltung geführt worden, mit dem Ziel, einen legalen Status für das Haus zu erzielen. Inwieweit das durchsetzbar ist, bleibt abzuwarten. Dazu ist es auch wichtig, Öffentlichkeit für ihr Anliegen herzustellen. Deswegen fand am 12.01. eine Demo unter dem Motto „Ulrike bleibt!“ statt.

Die Legende vom deutschen Widerstand

Henning von Tresckow und die Geschichtsklitterung in Magdeburg

Von der Öffentlichkeit weitgehend un bemerkt wurde bereits vor einem Jahr (am 9.1.2001) dem in Magdeburg geborenen Mitverschwörer des Widerstandes vom 20. Juli 1944 anlässlich seines einhundertsten Geburtstages ein Denkmal gesetzt: Henning von Tresckow. Dieser gilt – neben dem eigentlichen Attentäter Stauffenberg – als “eine der größten Persönlichkeiten der Verschwörung gegen Hitler” (Volksstimme vom 11.1.02). Nach ihm wurde bereits 1991 die ehemalige Otto-Nuschke-Strasse am Nordpark in der Alten Neustadt benannt, dort befindet sich auch der Gedenkstein.

Die Bandbreite der Traditionsfreunde in Magdeburg ist breit. Stolz verwies z.B. der OB-Kandidat der Liberalen vom letzten Jahr, Paqué, darauf, dass es der “Parteifreund Hans Schuster” war, der in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der “Magdeburgischen Gesellschaft” den Gedenkstein gestiftet hat und rühmte diese Tat als “echte Werbung für die Stadt, angestossen von einem geschichtsbewußten Liberalen”. Auch der Rektor der Uni Magdeburg, Erich Pollman, hielt eine Rede auf der städtischen Gedenkveranstaltung in der Johanniskirche anlässlich der Einweihung des Denkmals.

Aber nicht nur die Stadt will sich mit ihrem “Sohn” schmücken. Tresckow gilt besonders in der Tradition der Erbin der Wehrmacht, der Bundeswehr, als eine Galionsfigur für den militärischen Widerstand und trägt damit auch zu dem nicht nur bei Neonazis beliebten Mythos von der Unschuld der Wehrmacht an den Naziverbrechen bei. Bereits 1961 wurde eine Kaserne in Oldenburg nach ihm benannt, heute trägt das

Fallschirmjägerbataillon 314 in Potsdam seinen Namen.

Der Kommandeur des Verteidigungsbezirkskommandos Magdeburg, Oberst U.C. Kleyser, ließ sich im letzten Jahr dazu von der Zeitung der “Neuen Rechten”, “Junge Freiheit” interviewen. In diesem Interview verweist er auf die Bedeutung der Gedenkstele in “einer Region, in der aus historischen Gründen der militärische Widerstand gegen Hitler etwas vernachlässigt worden ist”. Die Motivationen der Verschwörer und ihre “politischen Lösungen” und “persönlichen Interessen” sind für ihn “zweitrangig”. Und in einem historischen Rundumschlag will er “eine Brücke schlagen: 20. Juli 1944, 17. Juni 1953 und 9. November 1989”.

Die Bundeswehr plant, am Magdeburger Gedenkstein in Zukunft auch öffentliche Gelöbnisse stattfinden zu lassen. Grund genug also, das Wirken Tresckows und seiner Kameraden ein wenig genauer zu betrachten.

Tresckow wurde am 9.1. 1909 in Magdeburg geboren. Er stammte aus einer preussischen Offiziersfamilie. Nachdem er bereits am ersten Weltkrieg als Soldat und 1919 an der Niederschlagung des Spartakus-Aufstandes in Berlin teilgenommen hatte, trat er 1924 erneut in die Reichswehr ein. Zu dieser Zeit sympatisierte er bereits mit der nationalsozialistischen Bewegung, deren Machtübernahme 1933 er dann auch begrüßte. Die Zerwürfnisse unter den Nazis selbst (der sogenannte “Röhmputsch” 1934) ließen ihn wieder auf Distanz zur Politik Hitlers gehen. Dennoch diente er ihm lange bedingungslos. Von August 1942 bis

zu seiner Versetzung im August 1943 hatte Tresckow die Leitung der Partisanenbekämpfung im Bereich der Heeresgruppe Mitte der Ostfront inne. Gerade diese Zeit war durch eine Verschärfung des "Bandenkampfes" gegen Partisanen und Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten gekennzeichnet. Die Neue Züricher Zeitung (14.9.2000) verweist darauf, dass gerade der "spiritus rector der zum Tyrannenmord entschlossenen Militärs", Tresckow, bei der Partisanenbekämpfung "nicht vor völkerrechtswidrigen Befehlen" zurückgeschreckt sei, die "die Ermordung unschuldiger Zivilisten und insbesondere vieler Juden" zur Folge hatten. Der renommierte Historiker Mommsen berichtete in einem Interview mit dem NDR (Forum 4, 16.7.99) von Ausbildungsaktivitäten in Tresckow direkt unterstehenden Einheiten, "wo dann einen Tag Theorie gemacht wird und einen Tag Pra-

xis. Die Theorie besteht in antijüdischer Indoktrination und die Praxis besteht darin, daß sie sich dann auf einen LKW setzen, ein Dorf umzingeln und das ganze Dorf liquidieren, damit man sieht, wie das technisch geht". Zwar gesteht er den Verschwörern sittliche Motive durchaus zu, dennoch resümiert er, dass «kein Weg an der Erkenntnis vorbei (führt), dass eine beträchtliche Anzahl derjenigen, die am 20. Juli 1944 aktiv mitgewirkt haben [...], zuvor am Rassenvernichtungskrieg teilgenommen, ihn jedenfalls streckenweise gebilligt und in einigen Fällen aktiv vorangetrieben hat». (NZZ, 14.9.00)

Der nach Mommsen zu den "begabtesten deutschen Nachwuchshistorikern" zählende Wissenschaftler Christian Gerlach verweist den gerade Tresckow zugeschriebenen Widerstand gegen die Umsetzung des berühmten "Kommissarbefehles" in das

Henning von Tresckow

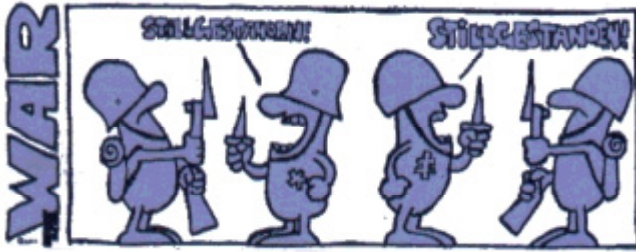
Kränze zum 101. Geburtstag



Bürgermeister Bernhard Czogalla (v.) und der stellvertretende Kommandeur des Verteidigungskommandos 82 Oberstleutnant Erich Siedschlag (h.) legen an der Gedenkstele für Henning von Tresckow Kränze nieder.
Foto: Roland Schödl

Alte Neustadt (juj). Generalmajor Henning von Tresckow wäre gestern 101 Jahre alt geworden. Der am 10. Januar 1901 in Magdeburg Geborene war in die Geschichte als eine der größten Persönlichkeiten der Verschwörung gegen Adolf Hitler eingegangen. Er war maßgeblich an der Vorbereitung des gescheiterten Attentats auf Hitler am 20. Juli 1944 durch Oberst Graf Schenk von Stauffenberg beteiligt.

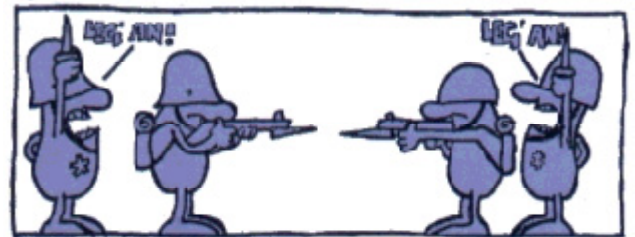
Tresckow war am 9. Januar 2001 in der Henning-von-Tresckow-Straße am Nordpark ein Denkmal gesetzt worden. Gestern legten Vertreter der Stadt, der Magdeburgischen Gesellschaft und der Bundeswehr anlässlich seines Geburtstages dort Kränze nieder.



Reich der Legende: »Sie (die Mitglieder des militärischen Widerstandes an der Ostfront – d.A.) waren gegen die Ermordung aller Kriegsgefangenen aus rassistischen Gründen, aber sie hatten nichts gegen die Ermordung politischer und militärischer Gegner«, weswegen sie sich an der Auslöschung von Kommunisten, vermeintlichen Partisanen und Kommissaren der Roten Armee beteiligt hätten, so Gerlach in dem Sammelband „NS-Verbrechen und militärischer Widerstand gegen Hitler.“ Dieser in der Schriftenreihe des Fritz-Bauer-Instituts im Primus Verlag/Wissenschaftliche Buchgesellschaft erschiene Band sollte ursprünglich mit dem Verweis auf den militärischen Widerstand gegen Hitler die Aussagen der „Hamburger Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht“ relativieren, was nach Aussagen des Herausgebers Gert R. Ueberschär, der 20 Jahre lang am Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg/Potsdam tätig war, aber so nicht aufrechtzuerhalten war: »Mehrere biographische Studien über einzelne Widerstandskämpfer haben deren Affinität (=Verwandtschaft, Nähe – d.A.) zum NS-Gedankengut sowie >aktive Teilnahme und Überzeugungsidentität< belegt, so daß man nicht mehr den leicht apologetisch (=rechtfertigend – d.A.) wirkenden Begriff der >Verstrickung< verwenden sollte, um das Verhältnis zu verbrecherischen Handlungen zu charakterisieren ...« gab Ueberschär anlässlich des Erscheinens des Bandes zu bedenken. (jW vom 28.07.2001)

Wenn man sich dazu noch diverse Äußerungen von Tresckows Mitverschwörern zu

Gemüte führt, braucht man nicht viel Fantasie, sich vorzustellen, was geschehen wäre, wenn das Attentat und der Putsch vom 20. Juli 1944 geglückt wäre. Mitverschwörer General Erich Hoepner etwa wollte Giftgas gegen „Partisanennester“ einsetzen und viele aus dem Kreis der oppositionellen Offiziere waren aktiv an der Vernichtung der Juden beteiligt. Der in die Attentatsvorbereitungen einbezogene Leiter des Reichskriminalpolizeiamtes, Arthur Nebe, leitete 1941 die Einsatzgruppe B zur Ermordung der weißrussischen Juden und gab z.B. nach Kritik durch Himmler den Befehl, die Exekution von Juden in Grodno und Lida „erheblich zu intensivieren“. Da sieht der zum zivilen Flügel der Verschwörer gehörende ehemalige OB von Leipzig, Goerdeler, mit seiner Auffassung, dass „die Ansiedlung der Juden in Kanada oder Südamerika eine Lösung dieser Frage sein“ könne, da „nicht eher Ruhe in der Welt eintreten werde, bis eine Neuordnung der Stellung der Juden in der ganzen Welt durchgeführt sei“ (Carl Goerdeler unter dem Pseudonym Kaiser, Das Ziel, 1940/41) richtiggehend blass aus. Be-



sonders demokratisch dürfte das auch nicht sein – keine Wunder, Goerdeler plädierte in einer geheimen Gedenkschrift an die Generalität vom März 1943 für die Errichtung einer Monarchie nach dem Sturz Hitlers.

Erst die sich abzeichnende Niederlage der Wehrmacht im zweiten Weltkrieg ließ die Verschwörer - und mit ihnen Tresckow - Konsequenzen ziehen, nachdem noch 1944 Tresckow zum Generalmajor ernannt wurde

– “erst 43 Jahre alt”, worauf extra auf den WWW-Seiten des nach ihm benannten Fallschirmjägerbataillons verwiesen wird. Das Ziel der Wehrmachtsopposition war es – so Hauptakteur Stauffenberg – Deutschland als “einen im Spiel der Kräfte einsetzbaren Machtfaktor zu erhalten” (Jungle World 3/01) und – wie der us-amerikanische Historiker T.S. Hamerow in seinem



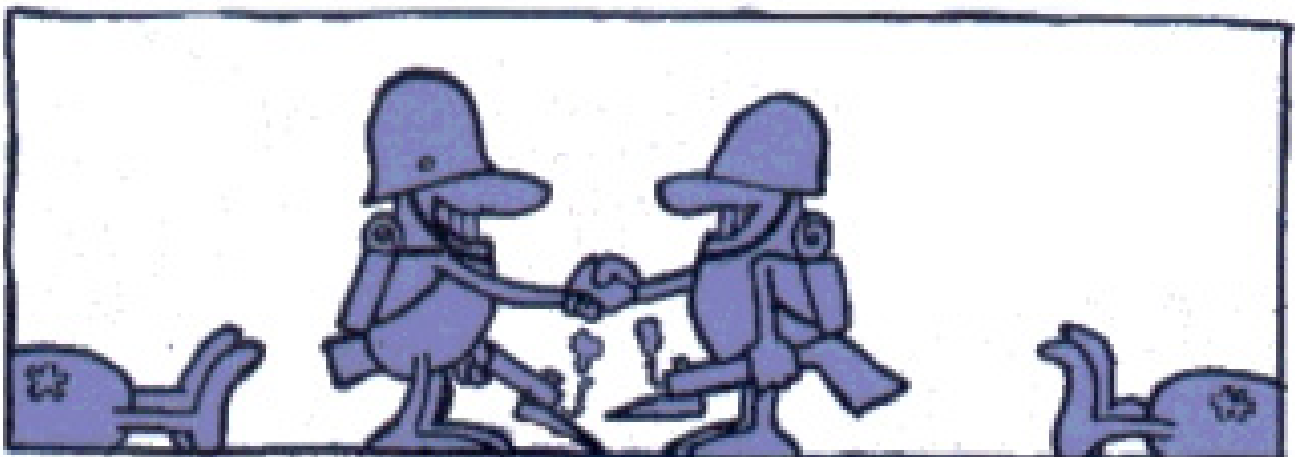
1999 erschienenen Buch resümierte, “kurz vor dem Zusammenbruch noch ihre Haut (zu) retten” wenn nicht gar “die Politik Hitlers in rationalerer Gestalt weiterzuführen”. (Die Zeit 4/00)

Ullrich von Hassel, Mitglied einer politischen Widerstandsgruppe, äußerte sich in seinem Tagebucheintrag vom 20. April 1943 über die militärische Opposition: „Je länger der Krieg dauert, desto geringer wird meine Meinung von den Generälen ... keinerlei innere geistige Selbständigkeit ... Sie haben wohl technisches Können und physischen Mut aber wenig Zivilcourage ... Der Mehrzahl sind die Karriere im niedrigen Sinn, die Dotationen und der Marschallstab

wichtiger, als die großen sachlichen Gesichtspunkte und sittlichen Werte.“ (Zitiert nach: Erich Kosthorst, „Die Geburt der Tragödie aus dem Geist des Gehorsams - Deutschlands Generäle und Hitler“, Bourrier 1998) Und der damalige britische Premier Churchill brachte die Ereignisse vom Juli 1944 mit seiner Definition als “Ausrottungskämpfe unter den Würdenträgern des Dritten Reiches” auf den Punkt.

Nach der Nachricht vom Scheitern des Putschversuches nahm sich Tresckow am 21. Juli 1944 an der Ostfront das Leben.

Zweifellos brachten die meisten der an den Attentatsvorbereitungen einigen persönlichen Mut auf. Dennoch dürften reuige Kriegsverbrecher – und nichts anderes waren die meisten der Verschwörer – kaum als Identitätsstifter für die Jugend taugen, wie es der oben erwähnte Oberst Kleyser fordert. Für die Bundeswehr spielen die Attentäter heute eine wichtige Rolle bei der Traditionsstiftung im Sinne der Ausrichtung in eine Interventionsarmee mit globalem Einsatzgebiet. “Die hervorragenden, tapferen Soldaten des militärischen Widerstandes gegen Hitler” sollen mit “ihrem Opfermut, ihrer Tatkraft und ihrem Gehorsam in die Pflicht” als Vorbild dienen, wenn es gilt “Humanität und Rechtsstaatlichkeit” in “Krisen- und Kriegsgebiete” zu exportieren (“Information für die Truppe”). cx.



Zitate des Quartals

„Mir schwebt eine breite neue Jugendbewegung vor, interessiert an antikapitalistischer Revolte, lernfreudig in Sachen revolutionärer Theorie und verantwortungsbereit; ein Meer linker Kultur, in dem einzelne Organisationen gerne wie Fische(r) im Wasser agieren können, aber bewußt darauf verzichten, ihre Richtung durchzusetzen, eine Art antifaschistische Jugendgewerkschaft.“

Dr. Seltsam in jW vom 7.7.01

„In der Geschichte hat sich der Weg des kleineren Übels oft als der kürzeste Weg zum Schlimmsten erwiesen.“

Daniel Bensaid, Philosophie-Dozent an der Universität Paris-VIII

„Dass wir so verlegen werden, wenn wir nach unserer Hoffnung gefragt werden! Als hätten wir Angst vor den nüchternen Realisten, den knallharten Machern, den schnellen Falken - von denen wir doch wissen, dass ihre Erfolge so klein sind wie ihre Träume!“

Aus der Weihnachtspredigt von Domprediger G. Quast (Volksstimme vom 24.12.01)

„Wir leben in einer Welt, in der niemand mehr sich den Kopf um Alternativen macht, um jegliche Art von philosophischer Gesellschaftsveränderung. Überall Demokratiegequatsche und nirgendwo ein Gedankenblitz - außer daß alle wissen, das ist es nicht.“

Katrin Hentschel, Autorin und Regisseurin, Berlin (jW vom 18.10.01)

„Es geht in Politik zu wie in jedem Karnevals- oder Kaninchenzüchterverein. (...) Ich weiss niemandem, der in der jüngsten deutschen Geschichte dauerhaft Macht ausgeübt hat, und dabei wirklich ein Mensch geblie-

ben ist. Auch ich habe menschlich Schaden genommen.“

Oskar Lafontain in der Zeitschrift „Hörzu“

„Ich fürchte mich nicht vor der Vielfalt der Menschen, sondern vor ihrer Einfalt.“

Michel Friedman, stellvertr. Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland am 18.10.01 im Inforadio Berlin (jW, 19.10.01)

„Im übrigen bin ich jetzt auch für den Krieg: Auge um Auge, Zahn um Zahn, wie es in der Bibel heißt. Ich finde, Dabbelju Bush soll ein Selbstmordattentat auf Kabul fliegen, dann wären die Probleme erstmal gelöst.“

Dr. Seltsam in der zeitung gegen den Krieg Nr.9/01

„Der westliche Begriff der Menschenrechte enthält als stumme Voraussetzung die Verkäuflichkeit der Person und die Zahlungsfähigkeit. Wer diese Kriterien nicht erfüllen kann, ist eigentlich kein Mensch mehr, sondern ein Stück Biomasse.“

Robert Kurz, in: „Totalitäre Ökonomie und Paranoia des Terrors“

„Die Liste der Staaten, die sich der Koalition gegen den Terror angeschlossen haben, ist ziemlich beeindruckend. Sie alle haben ein gemeinsames Merkmal. Sie befinden sich unter den führenden terroristischen Staaten der Welt. Und sie werden nicht zufällig vom Weltchampion angeführt.“

Noam Chomsky, „Die Macht der Indoktrinatio-
on“ (jW vom 4.1.02)

»Der Begriff der Freiheit ist vom wahren Preußentum niemals zu trennen. In der Synthese zwischen Bindung und Freiheit liegt die deutsche und europäische Aufgabe des Preußentums.«

Henning von Tresckow, 1943

Ein Menschenjäger kommt selten allein

Zur rassistischen Normalität in Rußland

Am Abend des 30. Oktober in Moskau: ca. 300 mit Messern, Flaschen und Eisenstangen bewaffnete Skinheads überfallen einen Markt an der U-Bahn-Station Zarizyno, schlagen brutal Menschen vom Kaukasus und andere "Schwarze" und ziehen weiter. Der Pogromzug endet mit dem versuchten Sturm des Sevastopolskaja-Hotel, der Unterkunft afghanischer MigrantInnen. Mehr als zwanzig Menschen müssen wegen schwerer Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden, zwei sind totgeschlagen worden.

Schrecklich, jedoch nicht überraschend. Obwohl erst jetzt die organisierte rassistische Gewalt in Rußland eine neue Stufe erreicht hat, ist das eine Folge langjähriger politischer Prozesse: Einerseits der Entwicklung der neofaschistischen Szene im engeren Sinne, andererseits des allgemeinen Rechtsrucks in der Politik und Gesellschaft, speziell der Zunahme der rassistischen Haltungen.

Die ersten legalen rechtsextremen Organisationen entstanden in Rußland nach einer langen Unterbrechung Ende 1980er, in der Phase des Auschwunges der politischen Aktivität und der Auflockerung des politischen Regimes. Die Perestrojka bedeutete das Ende des Einparteiensystems, in welchem die Strukturen der Kommunistischen Partei die staatstragende Rolle gespielt und die Öffentlichkeitssphäre kontrolliert hatten. Die bedeutendste unter neuen politischen Kräften waren die Organisationen der demokratischen Bewegung. Diese hatte in Rußland einen deutlichen antinationalen Charakter – sie richteten sich unter anderem gegen die Stellung Rußlands als "Großer Schwester" in der Sowjetunion. Erst Jahre später bekam das Orientierungsbild

der Liberalen - das neue Rußland - mit seinen neuen Großmachtträumen und schwindenden demokratischen Idealen, zunehmenden Einfluß.

Aber auch die russische Nationalisten konnten sich Ende der 80er, Anfang der 1990er rasch entwickeln, nicht zuletzt dank des Skandaleffektes. In einem Land, das Nazi-Deutschland besiegt hat, schienen faschistische Parteien unvorstellbar und ziehen daher eine überproportionale Aufmerksamkeit auf sich. Die erste Organisation war die 1988 in Moskau gegründete "Pamiat" von D. Wassiljew, dieser folgten mehrere andere. Die "National-Patrioten" (dieser Doppelt-Gemoppelt-Begriff entstand tatsächlich als eine Selbstbezeichnung) machten vor allem durch die antisemitische Propaganda in ihren Veröffentlichungen und bei Kundgebungen auf sich aufmerksam, organisierten aber auch schon mal paramilitärische Verbände.

In der Situation des Zusammenbruchs der sowjetischen Gesellschaft, ihrer wirtschaftlichen und politischen Strukturen, als in vielen Teilen der Sowjetunion ethnische Konflikte ausbrachen, entstanden um die 1990 Ängste, die politische Instabilität könnte zur faschistischen Diktatur führen. Jedoch übertrieben solche Prophezeiungen die Stärke der faschistischen Parteien. Die Eliten der demokratischen Bewegung bildeten die neue russische Machtstrukturen.

Allerdings entwickelte sich ab Mitte 1992 ein handlungsfähiges Bündnis zwischen den kommunistischen und national-patriotischen Organisationen – die "Front der Nationalen Rettung". Dieses stützte sich auf Teile des Parlaments (u.a. auf die Teile der

ehemaligen Anhänger Boris Jelzins) und verstand sich als eine einheitliche patriotische Opposition zur Jelzin-Regierung und "Demokraten", denen die Zerstörung der Sowjetunion und Verrat der Volksinteressen vorgeworfen wurden. Die politische Krise gipfelte in den Ereignissen vom Oktober 1993, bei welchen beide Seiten verfassungswidrig vorgegangen sind, der Machtkampf in den bewaffneten Kampf überging und durch den massiven Armeeinsatz seitens des Präsidenten beendet wurde. Die einheitliche Opposition war erstmal zerschlagen. Doch diese Allianz war nicht nur taktischer Art – die eigenartige Auslegungen des Sozialismus durch die Führungen der meisten kommunistischen Parteien haben einen deutlichen völkischen oder stalinistischen Touch – wobei ich betonen möchte, dass es um die Parteiführungen geht).

Zwei Monate später bekam bei den ersten Parlamentwahlen im unabhängigen Rußland die Wahlliste der faschistoiden Liberal-Demokratischen Partei Rußlands von W. Zshirinowskij 23% der Stimmen und bildete damit die stärkste Fraktion im russischen Parlament. Ein solcher Erfolg eines Großmachtchauvinisten und Rechtspopulisten löste neue Besorgnisse aus. Aber die reelle Politik der LDPR-Abgeordneten im Parlament war weit entfernt von ihren radikalen Proklamationen. Bei den Wahlen 1995 und 1999 ging es für die LDPR konsequent bergab (12% bzw. 6% nach Parteilisten). Andere radikale "National-Patrioten" konnten selbst von solchen Ergebnissen nur träumen. Dieses Verschwinden kleinerer Parteien ist einerseits ein Zeichen für die Stabilisierung des politischen Systems. Andererseits – und das erklärt auch den Stimmenverlust bei der LDPR – wandte sich die rechte Wählerschaft den großen Parteien der Mitte zu, welche ihrerseits nach rechts wanderten.

In den letzten Jahren bekamen rechte Ideen, vor allem die Großmachtideologie und die Doktrin des starken Staates, immer mehr Gewicht bei unterschiedlichen politischen Kräften – von den Liberalen bis zur KPRF. Bei den sogenannten Parteien des Zentrums, z.B. der vom Präsidenten W. Putin aus dem Boden gestampften "Edinstvo" ("Einheit"), ist "Starkes Rußland, starker Staat" der Leitsatz. Dabei handelt es sich aber in erster Linie nicht um einen ethnischen russischen Nationalismus. Die (multiethnische) Volksgemeinschaft wird hier durch gemeinsame Tradition definiert (und nicht über die individuelle Bürgerschaft).

Die "rechte Gefahr" geht eher von solchen etablierten, gemäßigten Trägern der national-patriotischen Ideologie aus: Ihre politische Ansichten oder Handlungen (z.B. der Druck auf die Presse oder die Diskriminierung unerwünschter "schwarzer" Immigranten) unterscheiden sich von den Forderungen der rechtsextremen Außenseiter manchmal nur in der Radikalität. Sie werden aber nicht als Faschos stigmatisiert und können so bestens vom aktuellen Rechtsruck in der Gesellschaft profitieren. Die Demokratie, die Zivilgesellschaft, der wirtschaftliche Liberalismus und der Wohlstand wurden während der Perestrojka für große Teile der Bevölkerung Rußlands zum unzerrennbaren Ideenkomplex. Und so rief die Enttäuschung über die ökonomische Situation auch eine wachsende Ablehnung der liberalen Werten wie Menschenrechte und eine Reorientierung auf einen starken Staat hervor, mit dem Hoffnungen auf soziale Gerechtigkeit verbunden werden.

Die Popularität von Putin resultiert aus dieser Tendenz, und auch der zweite Tschetschenienkrieg, durch die "nationale Sicherheitsinteressen" begründet, findet immer noch Anerkennung. Grausames Vorgehen gegen die Bevölkerung in

Tschetschenien, wo "Säuberungsaktionen" zur Tagesordnung gehören, und das unmenschliche Behandeln der Flüchtlinge zeigen, was es mit der Großmachtgerede der "Anständigen" auf sich hat. Auch in den Medien entwickelte sich schon während des ersten Tschetschenienkriegs das rassistische Stereotyp "der Person kaukasischer Nationalität", das Bild der kriminellen hinterlistigen Fremden, amoralischen Schacherer und einer "fünften Kolonne", die den nationalen und staatlichen Interessen im Wege stünden. Die antikaukasischen und – breiter – gegen alle "südlichen" Minderheiten gerichtete rassistische Haltungen sind in unterschiedlichsten sozialen Gruppen verbreitet und durchaus salonfähig. Erst dieser Konsens setzt m.E. die Menschen dem staatlichen "Grauzonerassismus" aus, der von staatlichen Strukturen ausgeübt, jedoch nicht durch Gesetze gestützt wird. So gibt es vor allem auf "Schwarze" gezielte Paßkontrollen auf der Straße, bei welcher sich Menschen ohne Anmeldung in der entsprechenden Stadt (die Anmeldung ist für Migranten nur schwer bis gar nicht möglich) freikaufen müssen. Das wohl bisher gravierendste Beispiel für solchen Rassismus war der Rausschmiß tschetschenischer Flüchtlingskinder aus den Schulen in einer südrussischen Stadt, "bis die Eltern sich anmelden" – was diesen jedoch verweigert wird.

Wenn die radikalen National-Patrioten selbst eine marginale Erscheinung darstellen, hängt das vor allem mit der immer noch vorhandenen Ablehnung des offenen Bezuges auf den Faschismus, u.a. der faschistischen Symbolik, zusammen. In den Regionen aber, wo die gemäßigte Vertreter national-patriotischer Ideologie an der Macht sind, können die Rechtsextremisten sich auch in die Macht- und machtnahe Strukturen integrieren. So konnte beispielsweise

in Oriol die offen national-sozialistische "Russische Nationale Einheit" ihre Arbeit im Jugendkomitee der regionalen Verwaltung ausführen. An der Spitze der Verwaltung stand der KPRF-Gouverneur E. Stroev, den die RNE im Wahlkampf intensiv unterstützte. Unter Bedingungen der Tolerierung oder der Zusammenarbeit entwickelten sich die Nazis in vielen Regionen zu bedeutenden Kraft öffentlichen Lebens, z.B. als Anbieter der sog. "patriotischen Erziehung" der Jugendlichen.

Die schon erwähnte RNE von A. Barkaschow war mehrere Jahren die bedeutendste unter circa 10 öffentlich wahrnehmbaren rechtsextremistischen Vereinigungen. Für die Massenmobilisierung sorgte nicht nur die gut organisierte Agitation, sondern auch ihr Ruf als "wahre Kämpfer für die russische Idee", welchen die RNE vor allem ihrer Teilnahme am bewaffneten Kampf im Oktober 1993 auf der Seite der "Front der Nationalen Rettung" verdankt. Schwerpunkte der Arbeit bilden die Propaganda, Jugendarbeit und militärische Ausbildung. Auf das Konto der RNE gehen auch mehrere Überfälle kleinerer Gruppen auf "Kaukasier" und "Asoziale". Paramilitärische Einheiten der Partei funktionieren als private Sicherheitsfirmen, die Parteistrukturen überschneiden sich mit dem Bereich der organisierten Kriminalität.

Im Laufe der Zeit haben einige regionale Abteilungen die Führung in der Partei de facto übernommen, nachdem klar wurde, dass Barkaschow seinen einstigen Forderungen nach einer militanten kompromißlosen Politik nicht mehr gerecht wird. Das führte zu einer zweifachen Spaltung im Herbst 2000. Mit der außerordentlichen Stellung der RNE als der größten und überregionalen Partei ist es damit vorbei, die meisten

regionalen Verbände funktionieren jedoch weiterhin.

Das rechtsextreme Spektrum ist allerdings nicht nur mit klassischen politischen Organisationen vertreten. Die rechten Tendenzen sind auch in unterschiedlichen Subkulturen sehr deutlich – von Gothic bis Punk. Die wichtigste Szene, für welche die Verflechtungen der rechtsextremen und rassistischen Ideologie mit Lebensstilelementen (wie Musik und Kleidungsstil) charakteristisch ist, stellen die Skinheads dar (an dieser Stelle ist zu merken, dass es in der Russischen Föderation sogar wie keine Redskins gibt). Die rassistische Straßengewalt geht in letzten Jahren hauptsächlich von NS-Skinheads aus. Anfang der 90er waren es bloß kleine Grüppchen (in Moskau z.B. vielleicht 10 Personen), die sich durch die Medien über die Skinheads in Westeuropa informierten und versucht haben, diese zu kopieren. Jedoch um 1994 passierte ein qualitativer Sprung: eigene Bands werden gegründet, es erscheinen Fanzines, die Zahl der Anhänger wächst. Das passende Milieu wird entdeckt – es sind die Hooligans; heutzutage überschneiden sich die Skinheads- und Hooliszene vor allem in Moskau sehr stark, letztere bieten für die ersteren ein dauerhaftes Mobilisierungspotential.

In mehreren Städten gibt es streng organisierte politisierte Gruppierungen: z.B. in Moskau "Skinlegion" oder "Blood&Honour". Manche rechtsextreme Parteien versuchen seit ungefähr 5 Jahren – mit unterschiedlichem Erfolg – die Skinheads zu politisieren, d.h. über das Niveau nichtorganisierter rassistischer und rechtsextremen Überfälle hinauszuführen. Dabei spielten vermutlich "Aufklärer" aus der westlichen Neonaziszene, z.B. G. Lauk (NSDAP/AO), eine wichtige Rolle, die seit der ersten Hälfte 90er Jahre Rußland besucht haben. Aber wich-

tiger für die rasche Politisierung scheinen die Entwicklungen innerhalb der Skinheadkreise zu sein, unter anderem Kontakte zu den internationalen Netzwerken sowie Labels u.ä. in unterschiedlichen Ländern (z.B. zu der deutschen B&H).

Die erste organisierte Straßenterrorkampagne wird im Frühjahr 1998 in Moskau durchgeführt und ist dem Geburtstag Hitlers gewidmet: nach den telephonischen Ankündigungen in der Presse finden innerhalb einiger Wochen täglich mehrere Gruppenüberfälle auf "Nicht-Slawen" statt. Die Polizei sieht teilweise zu und leugnet später den rassistischen Charakter der Angriffe – es seien bloß "randalierende Jugendliche" gewesen. Seitdem hat sich so gut wie nichts geändert: sogar wenn es ausnahmsweise zum Prozess kommt und Beweise des rassistischen und rechtsextremen Hintergrundes vorliegen, finden sie keine Beachtung. Seitdem häufen sich organisierte Überfälle von kleineren Skinheadgruppen auf "Nicht-Slawen" und Obdachlose. Doch erst nach den Randalen im August 2000, wo es nicht mehr gegen Außenseiter geht, sondern um eine Massenschlägerei mit der Polizei, entdecken die Medien urplötzlich die Existenz der NS-Skinheads.

Im September 2000 finden wieder rassistische Ausschreitungen statt, an der rund 100 Skinheads teilnehmen: sie schlagen an einer U-Bahn-Station und dem anliegenden Platz brutal nicht-slawisch aussehende Menschen. Die Polizei kommt erst, als alles schon vorbei ist, niemand wird festgenommen. Das ist wahrscheinlich der erste Überfall, der zweifellos als Pogrom charakterisiert werden kann. Aber erst der Pogrom auf einem Markt in Jasenevo am 21 April 2001 erregt die öffentliche Aufmerksamkeit und wird in der Presse auch so benannt. Damals hatten ungefähr 150 mit Eisenstangen u.ä.

bewaffnete Kahlköpfe innerhalb 20 Minuten den Teil des Marktes plattgemacht, wo die aserbajdzhanischen Verkäufer ihre Stände haben. Diesmal wurde ca. die Hälfte der Angreifer festgenommen, jedoch fast alle wurden schon am Abend – als Minderjährige – freigelassen. Die Unfähigkeit der Polizei, das Pogrom zu verhindern, und auch die Verleugnung des politischen Charakters – trotz der Verteilung der nationalistischer Flugblätter war wieder von “aggressiven Jugendlichen” die Rede – machten die Sache zum Skandal. Die Polizei hat es geschafft, trotz der Festnahme eines Redakteurs der nationalistischen Zeitung wegen des Verdachts der Organisierung des Landfriedensbruches, immer noch die Existenz der organisierten Skinheads abzustreiten.

Eine so sanfte Behandlung der NS-Skinheads seitens staatlichen Strukturen ist de facto nichts anderes als ihre Förderung. Und am 30. Oktober ziehen schon 300 bewaffnete Glatzen durch die Stadt, können sich von einem Ort zum anderen mit der U-Bahn bewegen und ungestört Menschen totschiagen. Der Polizeichef Moskau spricht von Fußballfans, die nach einem Spiel (welche drei Tage vorher stattfand) “Dampf abgelassen” hätten. Für “Dampf” hält er wohl das CS-Gas aus den Gaskörpern, welche die Skinheads in die “Sevastopolskaya”-Gebäude reingeworfen hatten.

Doch das Image der Moskauer Polizei und Rußlands scheint von diesem “Vorfall” bedroht zu sein (die “internationale Öffentlichkeit” ist immer noch ein Schreckgespenst in Rußland), und der rassistische Charakter der Gewalt ist nicht mehr zu leugnen. Daraus werden seltsame Schlüsse gezogen: die verschärfte Sicherheitsregime soll die Gegenreaktionen seitens Migranten verhindern.

Allerdings konnten zwei Pogrome einige Tage später durch Polizeieinsatz verhindert werden. Weitere große Fortschritte bei den Ordnungskräften – manche trauen sich, das Wort “Pogrom” auszusprechen, die Staatsanwaltschaft bildet eine Sonderkommission und verspricht, die erwachsene Anstifter Jugendlicher zu finden. Aber der geplante Charakter der “Ausschreitungen” wird gar nicht vermutet, obwohl diese Vermutung angesichts des Verlaufs der Pogrome, der durch die Zeugenaussagen belegten Koordination vorort, sowie der Kontinuität der Pogrome wenigstens sehr naheliegend ist.

Aber auch die weitgehende Änderung der Polizeistrategie allein wäre natürlich keine Lösung des Problems des rassistischen Terrors. Einmal weil die Terrorstrukturen andere Aktionsformen finden werden und zweitens gehen rassistische Verfolgungen von staatlichen Strukturen selbst aus. Es geht m.E. eher um die Erhaltung der staatlichen Gewaltmonopols. Solange Skinheads die öffentliche Ordnung nicht gestört hatten, existierten sie für die Polizei nicht. Und – last but not least – große Teile der Öffentlichkeit, wie zahlreiche Talkshows kurz nach dem 30. Oktober zeigten, lehnen die Pogrome zwar ab, halten die “kaukasische Frage” aber für real existent. Die Einwanderer seien das Problem, das man aber irgendwie anders lösen müsse. Die Leute mit solchen Einstellungen sind gewiß keine Menschenjäger. Aber das dadurch erzeugte gesellschaftliche Klima, das zudem durch staatliche Großmachtträume und Rassismus bestimmt wird, macht Pogrome möglich. Das ist leider die Realität im heutigen Rußland.

Hey Mr. Taliban, wo bist Du?

Weihnachten 2001 am Hindukusch. Das "Taliban-Pänomen" geht in neue Dimensionen: So rätselhaft die Gotteskrieger 1996 auftauchten, genauso schnell scheinen sie plötzlich vom ausgedörrten Boden Afghanistans verschluckt zu sein. Wenige Wochen nach deren Rückzug aus Kabul (15.11.), Jalalabad (17.11.) und Kandahar (Mitte Dezember) ist von Schwarz-Turban-Träger keiner mehr zu finden. 50.000 bis an die Zähne Bewaffnete, die sich einfach in Luft auflösen, die bis vor wenigen Tagen noch gut 90 % des Landes kontrollierten...

Noch Anfang November, vor dem Fall Mazar-e-Sharifs, hat niemand an ein schnelles Ende geglaubt. Nicht vor dem Ende des Ramadan, nicht vor dem nächsten Frühling. Innerhalb weniger Tage ist der Gotteskriegerstaat eingeknickt. Waren es die Siebentonner "Daisy-Cutter" (Gänseblümchen-Killer), die ein Ausharren an den eingegrabenen Frontlinien unerträglich machten? Ein "taktischer Rückzug", der in heillose Flucht überging?

Die militärische Stärke der Nord-Allianz war es jedenfalls nicht. Wen wollten diese 6000 Spielzeug-Soldaten und Milchgesichter erschrecken? Sie stießen in ein Machtvakuum. Der Kampf am Boden "face to face" blieb aus. "On the ground" blieben die Taliban und ihre Freunde militärisch scheinbar ungeschoren. Die schlichte Wahrheit: Die meisten Kämpfer gingen einfach nach Hause, legten ihren Turban beiseite, stellten die AK-47 in die Ecke und feierten Ramadan am heimischen Herd - manche der Prominenten zur Not zunächst hinter der pakistanischen Grenze bei Verwandten in den Tribal Areas. Paschtunen unter Paschtunen.

"In Afghanistan ändert sich alles, damit es bleibt, wie es immer war.", so ein langjähriger Kenner der Szene aus Peshawar. Die Veränderungen nach dem Machtwechsel sind demgemäss zumeist oberflächlich. Die Hutmode: statt Turban, nun ein Filzkäppi (Pakhul) - die Bartmode: sportlich getrimmt, statt holzknechtartig - die Amtssprache: nun Dari bevorzugt, statt Paschto. Man trägt wieder öffentlich "Kalaschinko" und der Tschador fällt nun etwas kürzer aus als gewöhnlich.

An den Geschäften überall die Konterfei des "Sandmännchen" (Ahmad Shah Massoud) - eine alternative Versicherungen gegen Plünderung? Selbst in der Mitte der Frontscheibe vieler Jeeps fährt demonstrativ das Bild des Märtyrers der "United Front" mit. Personenkult, echte Verehrung oder Selbstschutz?

Die Kabuler sind über die jüngste Besetzung der Stadt durch die Hirten aus dem Shomali und Panjeer ungefähr genauso begeistert, wie wenn in München Gebirgsjäger aus Garmisch sich alles unter den Nagel reißen würden. "Dozda-Kelim" (Teppichklauer) ihr traditioneller Spitzname. "Hoffentlich gehen sie bald zurück in ihre Dörfer!" Bis dahin rafften selbsternannte "Kommandanten" und "Generale" noch schnell Einiges an Kriegsbeute zusammen und schaffen die Sore auf der neuerdings offenen Strasse Richtung Norden. Dabei lassen sie sich von der "politischen Führung" der Jamiat-Islamiya um Quanoni und Dr. Abdullah wenig stören. Denn ein ehernes Gesetz ist ungebrochen; "Wer die meisten Gewehre hat, hat das Sagen." - der Krieg ernährt den Krieg, wie schon Feldherr Wallenstein im 30jährigen Krieg wusste.

“New Great Game”

Die bisher zu kurz gekommenen teilen die Beute unter sich auf. General Dostum und die Usbeken erhielten die Macht über Teile der Großstadt Mazar und einige Landstriche im Norden. Dabei war er es, der militärisch die Wende erkämpft hat.

Ismail Khan in Herat: Nach seiner spektakulären Flucht aus der Taliban-Haft in 2000 gelang es dem Steh-auf-Männchen in kürzester Zeit die westlichen Provinzen einzunehmen. Er wurde bereits als Präsidentenkandidat gehandelt. Dann verlor er die Wahl des Stadtkommandanten selbst in seiner Heimatstadt. Sein Stern sinkt weiter in der Region.

Die Hazara: Die mongolisch-stämmigen Bewohner des zentralen Hochlandes sind bettelarm, aber untereinander tiefverfeindet. Die USA rüsten derweil die Schiiten-Miliz von Khalili in Bamian auf, wahrscheinlich um den Einfluss des Iran zurückzudrängen. Sein Gegenspieler, der Sunnit Akbari, wechselte häufig die Seiten (Talib-Hazara). Tausend Mann der Miliz stehen vor den Toren Kabuls angeblich um bei ein drohendes Massaker an der städtischen Volksgruppe, wie 1993 (Massoud), zu verhindern.

Die Paschtunen sind weiter die dominierende Volksgruppe, besonders im Süden und Osten des Landes. Nach dem Verschwinden des Ordnungsfaktors Taliban kämpfen vielerorts rivalisierende Clans um die Machtanteile in den Schuras. Kein Trick ist zu schmutzig um sich dabei Platzvorteile zu verschaffen: In Gardez/Paktya denunzierte ein Stamm seine Konkurrenten als “Araber” und liess sie von der US Air Force bombardieren. CIA-Gelder flossen und fliessen in Strömen, u.a. an KARZAI, eindeutig ein Wunschkandidat der Amerikaner. Mit dieser Hypothek wird es der frischgekürte Premier nicht leicht haben. Auf nationaler Ebene sind die Paschto-Völker sprachlich diskriminiert und unterrepräsentiert.

Der bisherige Senior-Partner Pakistan befindet sich plötzlich auf der Loser-Seite. Mit der Krise sah es anfangs so aus, als könnte Islamabad die riesige Spendengelder für Flüchtlingshilfe und Transit abfassen. Für die faktisch dominierende Nord-Allianz ist Pakistan zunächst ein politischer Gegner. Alle Botschaften sind geschlossen, der Handel gelähmt, der Wert der Rupie um die Hälfte gefallen. Alte Ängste im “Land der Reinen” - viele befürchten die Einklemmung zwischen Indien und einem selbstbewussten Afghanistan, das sich um das koloniale Relikt “Paschtunistan” (Stammesgebiete) erweitern möchte. Die betroffenen Stämme zeigten bisher kein Interesse an einer Änderung des “Status Quo”, d.h. der Verschiebung der Staatsgrenze von der britisch-kolonialen Curzon-Linie an den Indus. Durch Schmuggelgeschäfte profitieren sie viel vom Autonomie-Status innerhalb Pakistans.

Die Militärdiktatur von “Präsident” Musharraf steht mit dem Rücken zur Wand. Jahrelang exportierte der Geheimdienst ISI die hausgezüchteten Fundis an die afghanische Front und nach Kashmir. Trotz gewisser Hilfsdienste für die “Allianz gegen Terror” fürchten die Machthaber nichts mehr, als

Anzeige

Krisis 24 beiträge zur kritik der warengesellschaft

Franz Schandl: **Der postmoderne Kreuzzug.** Schlaglichter und Zusätze einer möglichen Kritik des Krieges ● Peter Klein: **Das Wesen des Rechts.** Ein Versuch zur Rehabilitierung der Rechtsphilosophie und ihrer Kritik. ● Anselm Jappe: **Gene, Werte, Bauernaufstände** ● sowie: Rezensionen, Kommentare, Glossen **[www.krisis.org]**

160 Seiten, DM 18, ISBN 3-89502-144-X

In jeder guten Buchhandlung! Oder über den Verlag:
Horlemann Verlag, Postfach 1307, D-53583 Bad Honnef
Fax. (02224) 5429 eMail: info@horlemann-verlag.de

dass die USA sie nun fallen lassen, wie eine heiße Kartoffel. Die Talibanisierung Pakistans folgt, wenn der politische Islam im eigenen Land überschwappt. Dann findet sich Pakistan ganz schnell selbst auf der Schwarzen Liste der "rough states".

Der Machtpoker in Afghanistan ist nach der Übergabe der Ministerien an die "Bonner Regierung" am 22.12. noch lange nicht zu Ende. Der weißbärtige Rabbani muss in Kabul Plakate entfernen, wo er sich als "Präsident der Islamischen Republik" ausruft. Gegner aus Mujaheddin Zeiten stützen den Theologen der Jamiat-Islamiya. Ungebeten brachte ein GUS-Kommando 300 Soldaten in Stellung, in der Hauptsache Geheimdienst-Offiziere. Ob Putin neben dem Wiederaufbau seiner Botschaft andere Pläne hat, ist unklar. Im Moskauer Hotel "Sewastopol" warten hunderte emigrierter Najibullah-Parteigänger auf ihre Rückkehr in die Heimat (Spiegel 45/01) Iran und Indien haben ihre verstaubten Botschaften renoviert. Beiden haben strategische Interessen in Zentralasien. Persien möchte zusätzlich Millionen an Flüchtlingen zurückführen.

Unklar ist das Profil der "Partei des Königs". Die Exil-Politiker verfügen über kaum eine reale Machtbasis im Land, zurechtgezimmerte "Aushängeschilder" zieren das Kabinett. Als Integrationsfigur ist der greise Zaher Shah selbst bei der Pashto-Ethnie umstritten. Aber es geht schließlich um viel Geld. Das soll endlich fließen. Dafür sitzen gewisse Intellektuellen aus dem jahrzehntelangen Auslands-Exil in den Startlöchern. Der Verdacht drängt sich auf, dass US-Geheimdienstkreise ein Phantom kreiern haben. Bestechungsgelder wecken den Appetit auf immer mehr. Aber: "Was zählt ist, wie viele Männer Du unter Waffen hast."

Auftragsgemäß hat der UN-Sicherheitsrat am 20.12. eine Friedensstruppe beschlossen. Die völkerrechtswidrige Krieg der USA und ihrer Verbündeten vorher hatte kein UN-Man-

dat. Kein Kommentar von Seiten der Friedens-Nobel-Preisträger. Ebenso zum Bruch des (Geheim-)Abkommens der Nordallianz mit UN/USA, dass Kabul entmilitarisiert bleibt. Kein Kommentar der UN/ICRC zum Massaker von Mazar an 300 Kriegsgefangenen und anderen Fällen von Lynchjustiz! Kein Kommentar der UN zu den Plünderungen durch Nordallianz-Truppen, von denen UN-Unterorganisation selbst und die meisten NGOs nicht verschont waren!

Vae Victis!

Zum ersten Mal wird eine UN-"Friedenstruppe" maßgeblich von den siegreichen Aggressoren gebildet. Die Briten, gestern noch Waderbeisser, als treue Diener des US-Imperiums, heute Friedenstäubchen, haben die Leitung für drei Monate. Als ehemalige Möchtegern-Kolonialmacht (drei verlorene Kriege) sind sie nicht besonders willkommen. Es wäre wohl treffender, sie "Besitzer-Regime" zu nennen. Die von der EU geforderte klare Trennung zwischen Kampfauftrag und Friedensmission ist damit reine Farce.

Der peacekeeping Auftrag ist auf Kabul und Umgebung (Flughafen Baghram) beschränkt. Damit sind alte Fehler aus der Sowjetära angelegt, die Kabul mit einem Sonderstatus belegen. Keine Rede mehr vom Abzug der Nordallianz-Truppen. Sie sollen ja die UN-Militia ständig begleiten. Eindeutig eine Parteinahme zugunsten dieser Teilfraktion. Die deutsche Bundeswehr bekam kalte Füße. Insgesamt 1000 Mann reichen gerade zum Schutz der Botschaftsgebäude. Ein Drittel dieses Aufgebot wird zeitgleich und zeitgemäß in der Hauptstadt campieren. Dennoch, die Deutschen sind als alte Freunde willkommener, als alle anderen Truppen. Die letzte einschlägige Ulema (1945) vor ObL verbot die Auslieferung der damaligen NS-Botschaftsangehörigen nach dem zweiten Weltkrieg.

Willy Kemmer, Kabul (23.12.01)

Die USA und der (ihr) Terror

“Wenn irgendeine Regierung Verbrecher und Mörder von Unschuldigen unterstützt, wird sie selbst zu Verbrechern und Mördern. Und sie wird diesen einsamen Weg auf eigene Gefahr einschlagen”

George W. Bush vor dem Angriff auf Afghanistan

Schule der Terroristen

Während die USA in Afghanistan Krieg gegen den vermeintlichen Terror führt, bildet sie im eigenem Land, genauer im “Fort Benning” im Bundesstaat Georgia, Verbrecher, Mörder und Terroristen aus.

An der Schule “School of the Americas” (SOA) werden seit 1946 Kurse für Soldaten und Offiziere aus Latein- und Mittelamerika u. a. in allerlei Foltermethoden und andere Praktiken der Aufstandsbekämpfung ausgebildet.

Escuela de Golpes

“Escuela de Golpes (Putsch-Schule), so nennt man diese Schule auch in Lateinamerika, da sie so viele Militärdiktatoren hervorgebracht hat.

Sein Mordhandwerk lernte an dieser Schule u. a. auch der Diktator von Guatemala “General Romeo Lucas García”. Unter der Diktatur García’s zwischen 1978 und 1982 geschahen über 5000 politische Morde und über 25000 Zivilisten wurden von der Armee hingemordet. Auch Boliviens General Hugo Banzer Suárez vervollständigte hier sein Wissen über’s Mordhandwerk.

Egal wo auch immer in Lateinamerika und Mittelamerika Massaker an Bauern oder Gewerkschaftern angerichtet wurden, war die Möglichkeit ziemlich groß, daß die beteiligten Armee-Einheiten oder Todeschwadronen ihre Mordtechniken in “Columbus” bzw. in der “Panama-Kanal-Zone” gelernt hatten, denn genau in dieser Gegend war die SOA bis 1984 angesiedelt.

Gestern geschlossen, morgen schon wieder aufgemacht

Im Dezember 2000 wurde die “School of the Americas” feierlich geschlossen, nachdem mehrere Menschenrechtsgruppen mit Enthüllungen und anderen Aktionen Druck auf die Verantwortlichen machten.

Doch gleich am 17. Januar 2001, nur einen Monat nach der Schließung, machte die Schule in den gleichen Gebäuden unter einem anderen Namen “Western Hemisphere Institute for Security Cooperation” wieder auf.

Die Bürgerinitiative “SoA-Watch” kommentierte dies mit: “Neuer Name, gleiche Schande”. Father Roy Borgeois, der mit Fastenaktionen die Militärakademie bekämpft, sagte zur Neueröffnung: “Das ist als wenn man eine Gifflasche umetikettiert und jetzt Penicillin daraufschreibt.”

Terroristen made in USA

Eine Gruppe von sechs demokratischen und republikanischen Abgeordneten in Washington brachten einen Gesetzesentwurf ein, um die Schule zu schließen und eine Untersuchungskommission einzusetzen. “Die Schule ist ein Schandfleck auf unserer Menschenrechtsbilanz”, begründet Jim McGover, Demokrat aus Massachusetts, die Aktion gegenüber “WELT am SONNTAG”.

Verbrechen werden nicht nur den Schülern vorgeworfen, sondern auch einigen Mitgliedern des Lehrkörpers.

So soll der chilenische Offizier Pablo Belmar 1976 an der Ermordung des UN-Funktionärs Carmelo Soria beteiligt gewesen sein.

1987 hatte Belmar an der "School of the Americas" unterrichtet.

"Belmar unterrichtete ausgerechnet das Fach Menschenrechte", erklärt Major Joseph Blair, der von 1986 bis 1989 dem Lehrerkollegium angehörte und heute für die Schließung der Institution kämpft. "Drei meiner ehemaligen Schüler waren an der Ermordung der sechs Jesuitenpriester in El Salvador beteiligt", so Blair.

Mit Hilfe der Schule soll eine bessere Verbindung mit dem Militärs in Lateinamerika aufgebaut werden, so das Argument der Schulleitung. Blair lässt das nicht gelten: "Kein Militär aus Lateinamerika hat jemals an der Seite der USA gekämpft, sondern wurde immer nur dazu genutzt, die eigenen Leute zu unterdrücken.

Auf die Länder Südamerikas habe die Schule keinerlei positive Effekte. Auf die Frage, ob die Schule Terrorismus unterrichtet, stimmte Blair dem zu: "Es ist eine Schule, die militärische Fähigkeiten an die Soldaten vermittelt, die diese Kenntnisse nur gegen die eigene Bevölkerung einsetzen". So würde die Schule Terrorismus unterstützen. Wenn das so ist, müsste die USA ironischerweise unter die Definition fallen, die Präsident George W. Bush zu Beginn des Afghanistan-Krieges ausgegeben hat (siehe oben).

Zu weiteren Absolventen der "School of the Americas" gehören neben General García u.a. auch Panamas Ex-Diktator Manuel Noriega oder auch der ehemalige Chef des guatemaltekischen Militärgeheimdienstes, Byron Lima Estrada, der im Juni 2001 in Guatemala wegen der Ermordung des Bischofs und Menschenrechtlers Juan Gerardi verurteilt wurde. Auch der Chef der Todesschwadronen in El Salvador, Roberto D'Aubuisson, hatte die Militärschule in Georgia besucht, ebenso wie die Mörder von Erz-

bischof Oscar Romero. Zwei Drittel der Offiziere, die von der Wahrheitskommission der UN 1993 der schlimmsten Verbrechen während des Bürgerkriegs in El Salvador angeklagt wurden, hatten an der „School of the Americas“ studiert. In diesem Jahr werden etwa 800 Studenten am Institut unterrichtet. Alle Kurse werden in Spanisch angeboten und dauern zwischen zwei Wochen und einem Jahr. Das Programm umfasst Kurse in Katastrophenhilfe, Militärmanagement und Drogenbekämpfung. Das Pentagon stellt das Budget der Schule in Höhe von 5,1 Millionen Dollar. Der Sprecher des Instituts, Lee Rials, sieht keinen Zusammenhang zwischen dem Unterricht und den Gräueltaten, die Studenten verüben. So habe Noriega lediglich einen Kursus in Funktechnik besucht. Rials: „Von insgesamt 63000 Studenten wurden 500 krimineller Handlungen beschuldigt, das ist ein ziemlich kleiner Prozentsatz.“ Nach massiver Kritik der Bürgerbewegung „School of the Americas Watch“ und Politiker-Protesten wurden einige Kurse wie Scharfschützentraining und Lehrpläne mit Anleitungen zum Foltern, Erpressen und Exekutieren 1991 gestrichen.

Schluss

Wenn so die "Zivilisierte Welt" eines Herrn Bush und eines Herrn Schröders aussieht, dann soll sich keiner beschweren, wenn die "unzivilisierte Welt" mit "unzivilisierten Mitteln" zurückschlägt.

Kleiner Politkrimi

mit großen Gestalten der deutschen Bankgeschichte

Nur durch Zufall, also dadurch, daß ich auf dem diesjährigen Antifa-Workcamp in Weimar war (wo die Magdeburger Fraktion mit 3 Mann nicht gerade sonderlich präsent war), traf ich auf die Ausstellung "Deutsche Banken- eine Kriminalgeschichte". Der Titel an sich war schon verheißungsvoll und dadurch, daß sie von solchen namenhaften Zeitungen wie der "jungen Welt" unterstützt wurde, war mein Interesse recht schnell geweckt.


Bert Brecht fragte einst: "Was ist ein Bankraub gegen die Gründung einer Bank?" In der Ausstellung wurde die Frage mit einem klaren "nichts!" beantwortet.

Nach dem 2. Weltkrieg trug die von der amerikanischen Besatzungsmacht eingesetzte Finanzbehörde allerlei aufschlußreiches Material über die Deutsche aber auch über die Dresdner Bank zusammen. So entstand der OMGUS-Report (OMGUS heißt Office of Military Government US- Zone). Die Informationen der Ausstellung stammen zum größten Teil aus dieser Akte aber auch aus den den Initiatoren der Ausstellung zugänglichen Teile des Archivs der Deutschen Bank (D.B.).

Die Ausstellung steigt in die Geschichte der Deutschen Bank erst mit dem Machtantritt der Nazis 1933 ein. Ein wichtiger Fakt wird außenvor gelassen: Es gab schon vor der "Machtergreifung" Teile der D.B., die sich für die Nazis einsetzten. Sie erhofften sich zum einen eine erhöhte Darlehensnachfrage von Seiten bestimmter Konzerne und andererseits erhöhte Profite der Konzerne, an denen sie mit Aktien beteiligt war. Denn Hitler versprach Krieg, das bedeutete Rüstungsanleihen seitens des Staates und erhöhte Rüstungsproduktion auf der

Konzernseite, das versprach erhöhte Profite. Zudem sollte die Arbeiterbewegung ausgeschaltet werden, so daß niemand mehr die Ausbeutung der Arbeiter stören würde, was wiederum erhöhten Profit einbrächte. Dieses Interesse der Banken an den Nazis wird von den Ausstellern leider nicht betrachtet. Die Geschichte der Ausstellung beginnt also erst mit der Kristallnacht 1938. Die D.B. förderte die systematische Enteignung der Juden mindestens passiv, indem sie das geraubte Eigentum in ihren Besitz nahm. Es wäre jedoch blauäugig zu glauben, daß ein Großunternehmen wie die D.B., hat sie ein Mittel zur Bereicherung gefunden, nicht auch ihre Kraft darauf setzt, daß dieses Mittel auch angewendet wird. Man kann also davon ausgehen, daß die D.B., wenn auch heute vielleicht nicht mehr nachweisbar, sich für die Enteignung der Juden eingesetzt hat. Denn dadurch, daß sich die D.B. mit den Faschisten durchaus gut verstand, fiel in ihre Hände ein recht großer Anteil des jüdischen Besitzes. Und als den ermordeten Opfern des Dritten Reiches in den KZ die Goldzähne gezogen wurden, wurden letztere von der Degussa zu Goldbarren geschmolzen und gingen von dort aus an die D.B.. Die deutsche Kriegswirtschaft war teilweise abhängig von Waren aus dem Ausland. Um diese einzukaufen, benötigte sie ausländische Devisen. Mit dem Gold tauschte die D.B. diese Devisen ein und verkaufte sie weiter an die Wirtschaft.

Die D.B. darf keinesfalls nur als Unternehmen angesehen werden, das seinen Profit lediglich daraus zieht, daß es von seinen Anlegern Geld zu einem niedrigen Zinssatz ausleiht, um es mit einem höheren Zinssatz



an seine Gläubiger zu verleihen. Die D.B. hatte und hat in Großkonzernen größere Beteiligungen oder sogar Aktienmehrheiten. Zur Nazizeit stellten die Köpfe der D.B. 172 Aufsichtsratsvorsitzende bzw. Stellvertreter derselben. So fand man die D.B. im Daimler-Benz - Konzern oder in der IG Farben wieder. Der OMGUS-Report spricht daher von der D.B. als einer Zentrale der wirtschaftlichen Macht.

So konnte die Bank die Produktion "ihrer" Konzerne rechtzeitig in die Kriegsproduktion umwandeln. So geschah dies beim Daimler-Benz -Konzern. Er versechsfachte von 1933 bis 1938 seine Profite. Natürlich fällt für den, der dabei die Aktienmehrheit besitzt, eine gute Dividende ab. Schon hier trug die D.B. auf ihre Weise zum Krieg bei und verdiente an ihm.

Dies war jedoch nur eine

Möglichkeit der Profitmacherrei mit Hilfe des Krieges. Um den Krieg zu finanzieren, mußte der Staat bei der D.B. Kredite aufnehmen.

Doch sollte der Krieg der D.B. noch viel mehr nutzen. Während der Nazizeit war Hermann

Josef Abs Vorstandssprecher des Finanzkonzerns und wohl der einflußreichste Mann der D.B. nach innen und nach außen hin. Er war Aufsichtsratsvorsitzender von 12 Konzernen, wo wieder der Filz von Bank(en) und Wirtschaft deutlich wird. Als

Leiter der Auslandszentrale der Bank sorgte er für eine rücksichtslose Annexionspolitik im Zuge der Eroberungen der Nazis. Den deutschen Soldaten folgten die deutschen Banken, an ihrer Spitze die D.B. und die Dresdner Bank. Die D.B. hatte jedoch eine bessere Beziehung zu den Nazis. Deshalb konnte sie an den Siegen der Wehrmacht weitaus umfangreicher profitieren als die Dresdner Bank. Die Dresdener Bank beschwerte sich 1943 über die rücksichtslosen Plünderungen seitens der D.B. in den besetzten sowjetischen Gebieten (nach dem Motto: "die lassen uns ja nichts übrig"). Die Beschwerde nützte nicht viel. Während die deutschen Soldaten an der Front mordeten und gemordet wurden, nahm die D.B. im Hinterland die ausländischen Banken in Ihren Besitz. Nach der Annexion Österreichs wurde der Credit-Bankverein Wien von ihr geschluckt. Die "Bank Union Prag" erlitt dasselbe Schicksal, wobei der D.B. ihre Verbindungen zu den Tschechischen Faschisten nutzten. Als das "Dritte Reich" seine größte Ausdehnung erreicht, ist die D.B. die größte europäische Bank. Als in Frankreich, Belgien und Holland die Juden enteignet wurden, floß ihr Eigentum der D.B. zu. Auch an der Zwangsarbeit und letztendlich auch am Völkermord wurde kräftig verdient. Die Betriebe, die Zwangsarbeiter beschäftigten, konnten damit zweifellos ihre Profite steigern. Damit stiegen die Dividenden der Aktionäre. Durch die Jahresberichte konnte es den Vorstandsmitgliedern aus der D.B. nicht verborgen bleiben, daß in den Unternehmen Zwangsarbeiter beschäftigt wurden, ja daß größere Konzerne wie Daimler-Benz oder BMW betriebseigene Zwangsarbeiterlager von der SS bewachen ließ. In Auschwitz errichtete die IG-Farben, deren Vorstandsmitglied H.J. Abs war, neben dem Vernichtungslager eigene Ghemiefabriken und

ein Zwangsarbeiterlager. Die Menschen, die ihre Arbeitskraft verloren hatten, wurden von dort aus direkt in die Gaskammern gebracht. Der Aufbau des Vernichtungslagers wurde mit Krediten der D.B. finanziert.

Man konnte also sehen, daß die Deutsche Bank (Wobei die Mitschuld anderer Banken wie der Dresdner Bank keinesfalls geleugnet werden soll, doch der Schwerpunkt der Ausstellung lag thematisch eindeutig auf der D.B.) bei fast allen Verbrechen des Hitlerfaschismus ihre Hände mit im Spiel hatte. Ja, sie kann durchaus als Nutznießerin, des 2. WK., der Terrorisierung und Ausschaltung der Arbeiterbewegung, der Vernichtung der Juden und der Zwangsarbeit angesehen werden. Sie konnte durch die Nazis die führende Stellung in Europa während des 2.WK. erobern.

Das OMGUS erkannte 1946 die Mitschuld der D.B. am Krieg und den Kriegsverbrechen. Es forderte die Zerschlagung des Konzerns und die Bestrafung der Köpfe der Banken. Niemand der Finanzgrößen des Dritten Reiches mußte jemals eine Strafe absitzen. Sie wurden zwar teilweise verurteilt, wie z.B. H.J.Abs (15J.Zwangsarbeit), doch nie in Vollzugsanstalten eingeliefert oder sie wurden nach sehr kurzer Zeit wieder freigelassen. Stattgefunden hat jedoch die Zerschlagung der D.B. in zehn einzelne Banken. Das war 1949. 1952 waren von den zehn noch drei Banken vorhanden und 1957 stand die Deutsche Bank wieder allein da. Auch die Köpfe blieben dieselben, Hermann Josef Abs hatte auch 1957 wieder alle wichtigen internen und externen Funktionen des Konzerns inne. Und war er vor 1945 enger finanzpolitischer Berater Hitlers, so freundete er sich jetzt mit Adenauer an und hatte auch dieses Amt bald wieder inne. Im Jahr 1960 sitzt er wieder in 24 Aufsichtsräten u.a. von Daimler-Benz und

der Lufthansa. Er war bis 1967 Vorstandssprecher und von 1967 bis 1976 Aufsichtsratsvorsitzender der D.B.. Er leitete die Marshallplangelder an die Spitze der Kreditanstalt für Wiederaufbau und ließ "seine" Bank zu der Größe heranwachsen, bei der es wieder lohnenswert erscheint, andere Finanzmärkte zu erobern. 1985 betrug das Geschäftsvolumen der D.B. 237,2 Mrd.DM, 1996 hat es die Billiardengrenze überschritten. Damals war sie die weltweit viertgrößte Bank. Die Fusion mit der US-amerikanischen "Bankers Trust" vor wenigen Jahren könnte sie bereits und einen Platz weiter nach oben gebracht haben.

Wenn irgendwo in einem Betrieb, in dem eine Bank Aktien oder Aktienmehrheiten besitzt, mehr Profit gemacht wird, fließt ein Teil davon als Dividende in ihre Taschen. Da auch eine Bank nur den Zweck der Profitmacherrei hat, wird sie jede Möglichkeit der Profitmacherrei auch ausnutzen. Sie wird jede Lohnsenkung unterstützen, sie wird begeistert in die Hände klatschen, wenn der Staat die Lohnnebenkosten beseitigen will und gibt es Steuern, die man sparen kann, sie findet das Schlupfloch oder sie hinterzieht sie.

Man kann diesen Zweck auch deutlich erkennen, wenn man die Lage der Beschäftigten der deutschen Banken betrachtet. Obwohl die Banken ihre Profite allein 1996 versechsfacht haben, wurden tausende Arbeitsplätze wegrationalisiert. Die verbleibenden Angestellten leiden -wie kann man es ihnen verdenken? - unter Höchstleistungsdruck. Die Folgen davon sind oftmals gesundheitliche Probleme. Begründet wird das Ganze dann mit "erhöhtem Wettbewerbsdruck". Wettbewerbsdruck- das heißt nichts weiter als: "Geld wollen wir sehen! Soviel, wie es nur geht und egal, welche Opfer dafür gebracht werden!"

Ich konnte in der Ausstellung sehen, daß diejenigen, bei denen die Ursache des Zweiten und wahrscheinlich auch des ersten Weltkrieges zu suchen ist, weil sie zu den wenigen Nutznießern der Kriege gehörten, immer noch fest im Sattel sitzen, wenn nicht sogar noch fester als je zuvor, denn vor der Naziherrschaft gab es eine starke Arbeiterbewegung, die heute verschwunden zu sein scheint. Die Grundlagen ihrer Macht blieben unangetastet, die Regierungen und Regierungsformen wechselten, doch sie trieben und treiben ihr Spiel weiter. Fragt sich: Wie lange noch?

P.S.



Jenseits der Globalisierung

Das „Handbuch für lokales Wirtschaften“

Zur thematischen Auswahl des Buches: Globalisierung ist ein politisches Thema in dessen Zusammenhang sich im Moment wiederholt Initiativen gründen. Hierbei ist es spannend aufzuzeigen, wie man sich im konkreten alltäglichen Leben Ansätzen der Globalisierung widersetzen kann, um die momentane Welle der Globalisierungskritik nicht nur auf große Treffen wie z.B. in Genua zu beschränken. Dort wo sich lokale Ökonomie etabliert wird die Globalisierung aufgehalten bzw. zurückgedrängt.

In diesem Buch wird an vielen Beispielen aufgezeigt, dass lokale und alternative Ökonomie die Möglichkeit bietet sich ein Stück weit zu befreien von den Zwängen der konventionellen Ökonomie. Es wird an vielen Beispielen die Verbindungslinie zwischen Theorie und Praxis alternativer Ökonomie aufgezeigt um einen aufzählenden Charakter im Buch zu vermeiden und damit einen roten Faden zu schaffen. Auch für Menschen, die kein fundiertes ökonomisches Grundwissen haben sind die Theorien und Beispiele verständlich dargestellt.

Es werden in diesem Buch sehr unterschiedliche Bereiche diskutiert, von Tauschringen über Bankkonzepte bis hin zu Strategien der Direktvermarktung, von Lebensmitteln bis zur Ökonomie der Gewinnung alternativer Energien. Wichtige Kriterien sind hier die Nachhaltigkeit und die Stabilität. Ein größeres Maß an Stabilität von Wirtschaftskreisläufen kann durch eine geringere Abhängigkeit von nur in geringem Umfang beeinflussbaren Größen wie dem Weltmarkt erreicht werden. Je weiter lokale Ökonomie zurückgedrängt wird desto geringer wird der Anteil, den der Erzeuger eines Produktes bekommt. Zum Beispiel bleiben 70-80% des Nahrungsmittelpreises bei anderen Personen (Zwischenhändler, Nahrungsmittelindustrie usw.) nur 20-30% bekommen die Bauern. Diese Entwicklung ist auch in anderen Bereichen zu beobachten.

Grundsätzliche Kritik wird an der neoliberalen Theorie der Wirtschaft geübt „Auch wenn Ökonomen dieses vereinfachte Bild gerne gebrauchen ist eine Gesellschaft mehr als vereinzelte Personen, die ihrem eigenen maximalen Gewinnstreben hinterher rennen“. Es wird postuliert, dass Gemeinschaften die Privatwirtschaft nur in sehr begrenztem Maß einspannen können um das Gemeinwohl zu fördern und ein Gleichgewicht mit dem individuellen Streben nach Wohlstand zu schaffen.

Richard Douthenwaite, Hans Diefenbacher: Jenseits der Globalisierung. Handbuch für lokales Wirtschaften. Mainz 1998, 390 Seiten, ca. 25 Euro. ISBN: 3786720673

Originaltitel: Short circuit: strengthening local economies for security in an unstable world. Dublin, Liliput Press (1996).



Zeitungsschau

Auch dieses mal stellen wir euch einige Zeitschriften vor, die seit der letzten Ausgabe des Störenfrieds das Archiv erreicht haben. Artikel dieser und auch anderer Zeitschriften könnt ihr bei uns einsehen und auch kopieren.

Fangen wir auch diesmal mit den **Ö-Punkten** an. Es wird wahrscheinlich die letzte Ausgabe dieser Zeitschrift sein. Die Winter Ausgabe 2001/2002 behandelt schwerpunktmäßig das Thema „Grünes Geld“. In der Mitte ist das sehr lustige Spiel „Spiel mir das Lied vom Tod der Linken“ zu finden, das sich auch sehr selbstkritisch mit der Erstellung der Ö-Punkte auseinandersetzt. Eine der Felderbeschriftungen lautet „Februar 2002: Die nächsten Ö-Punkte stehen an – und politische Werkeltage. Aber es kommt kaum jemand, alle Beiträge sind zu lang oder zu spät, das Titelbild kommt diesmal einen Tag nach dem Druck. Die „Ö-Punkte“ erscheinen nicht. KeineN interessiert's.“ (kommt das nicht irgendwem bekannt vor Anm. d. Verf.). In der Einleitung zum Schwerpunktthema wird die These aufgestellt, dass ein Regelwerk mit Namen „Markt“ dem Umweltschutz und der Selbstbestimmung der Menschen gegenüberstehen. Mit Michael Mirsch kommt in einem Interview aber auch ein entschiedener Gegner dieser Überzeugung ausführlich zu Wort. Er vertritt die These, dass die kapitalistischen Länder eindeutig u.a. Trends zu weniger Hunger und Armut und besserer Luft- und Wasserqualität zeigen. Maßgeblich an der Herausgabe dieser Zeitschrift ist auch Jörg Bergstedt, der Autor des Buches „Freie Menschen in freien Vereinbarungen“, beteiligt, der im Rahmen des Montagecafés Anfang Dezember eine rege Abenddiskussion hier in Magdeburg mit bestritten hat.

Die Zeitschrift **Direkte Aktion** November/Dezember 2001 setzt sich u.a. mit der Ausbeutung studentischer Aushilfen in Szenelokalitäten auseinander, wobei nachdrücklich der sexistische Aspekt dieser Arbeitsverhältnisse beleuchtet wird. Ein Appell für einen weltweiten Widerstand gegen Krieg und Kapital wird in dem Artikel „An die Globalisierungsbewegung“ gerichtet. Hier dreht es sich um die Auswirkungen des Anschlags auf das World Trade Center und die Zusammenhänge mit der Globalisierung werden aufgezeigt. Unter der Überschrift „Frauen in Afghanistan heute“ werden die sozialen Umstände der Frauen unter dem Regime der Taliban vorgestellt. Neben dem „Sozialrevolutionären Kreuzworträtsel“ lassen einen auch die Berichte über den aktuellen Kurs einzelner Gewerkschaften in Deutschland ins Grübeln kommen.

In der Zeitschrift **grünes Blatt**, einer Zeitung aus der Jugend-Umweltbewegung, die in Magdeburg erscheint, geht es in der Ausgabe 3-2001 um rechte Ökologie. Es gelingt hier eine kritische Auseinandersetzung mit einem heiklen Thema. Ausserdem werden Aktionen in und um Magdeburg vorgestellt, z.B. die Tauschaktion bei der Baumwolltaschen gegen Plastiktüten getauscht werden konnten und eine Aktion zur Erinnerung an das Inferno in Hiroshima.

Das 176 Seiten starke Heft **GEGENSTANDSPUNKT** - Politische Vierteljahreszeitschrift (#4-01) liefert eine ausführliche Analyse aktueller politischer Vorgänge. Das Thema der aktuellen Ausgabe ist der „Terror gegen Amerika und der amerikanische Krieg gegen Terror. Ein Anschlag verändert die Welt - oder auch nicht ?. Diese Zeitschrift verliert aber auch die anderen Schauplätze dieser Welt nicht aus dem Auge und beschäftigt sich u.a. mit den Vorgängen in Israel.

Auch die aktuelle Debatte um die Verschärfung der inneren Sicherheit in Deutschland und die Verrenkungen der Grünen auf dem Weg zu einer imperialismustauglichen Regierungspartei sind Themen dieses Heftes.

Thematisch ganz anders gelagert ist die Zeitschrift **CLIO - Die Zeitschrift für Frauengesundheit** (#53). Das aktuelle Heft hat Hormone zum Thema. Entscheidend bei der Regulierung der Hormone ist bei jemensch die Schilddrüse beteiligt, deren Funktion und Fehlfunktion erläutert wird. Der Menstruationszyklus der Frau wird in einem folgenden Artikel mit der Zielstellung der Gewinnung von Körperkompetenz unter Einbeziehung neuer Erkenntnisse behandelt. Ebenso finden Informationen zu Hormonbehandlungen und der Pille Raum in diesem Heft. Beiträge zu Pflanzenhormonen, Anti-Aging Hormonen und ein Einstieg zur politischen Diskussionen über Stammzellenforschung runden die Reihe der Beiträge dieses Heftes ab.

Alle paar Jahre wieder - die Volkszählung

Noch in den 80er Jahren gab es massiven Widerstand gegen die Volkszählung, doch heute interessiert sich kein Schwein, äh Verzeihung, Mensch mehr dafür. So passt es auch besser in die Planung des Bundesinnenministeriums, das derzeit gerade ein neues Verfahren zur Zählung erprobt.

Vor fast 20 Jahren ging die Auseinandersetzung bis hin zum Bundesverfassungsgericht. Mit dem "Volkszählungsurteil" von 1983 führte das Bundesverfassungsgericht ein Grundrecht auf "informationelle Selbstbestimmung" ein und verbot somit die ungezügelter Datensammlung. Die letzte Volkszählung fand dann schließlich 1987 im Westen statt.

Das neue Verfahren bedient sich der ohnehin verfügbaren Daten der Melderegister von

« Unser **LEBEN** ist der **MORD**
durch **ARBEIT**-wir hängen
60 Jahre lang am **STRICK** und
zappeln. Aber wir werden uns
LOSSCHNEIDEN»

[Georg Büchner, 1835]



[anar'ço:zyndi'ka'lismus]
ist ein Messer



PROBEHEFT

Direkte Aktion
Mühlgasse 13
60486 Frankfurt
da@fau.org

Städten und Gemeinden. Dazu kommen Angaben über Arbeitsverhältnisse von den Arbeitsämtern, sowie schriftlich von den Hausbesitzern erfragte Auskünfte zu Wohnungen und Gebäuden. Die Bundesregierung will mit dem Verfahren viel Ärger und Geld sparen. Allein eine Volkszählung wie 1987 würde 1 Millionen Euro kosten. Nur wenn widersprüchliche oder unplausible Daten auffallen, soll noch ein amtlicher Zähler an der Tür klingeln. Spätestens im Jahr 2004 soll die eigentliche Zählung beginnen.

Wir brauchen uns da keine Illusionen machen: Der Überwachungsstaat ist auf dem Vormarsch. Sicherheitspakete von I bis III werden geschnürt, Rasterfahndung, Volkszählung, es ist nicht mehr weit bis zum Gläsernen Menschen. 1984 lässt grüßen.

Das heiße Eisen im Fegefeuer

Die neue »Schnitter«- CD ist da!

Schon die 1940 in Amerika verstorbene alte große Dame des russischen Anarchismus Emma Goldman wußte: „Wenn ich nicht tanzen kann, ist es nicht meine Revolution.“ Leicht abgewandelt setzen „Die Schnitter“ diese grundsätzliche Erkenntnis mit dem griffigen Slogan „Widerstand ist tanzbar“ in die direkte musikalische Aktion um. Und was dabei geboten wird ist nicht nur tanzbar, sondern vor allem auch hörbar, aus textlicher wie aus musikalischer Sicht.

Im Februar diesen Jahres 2002 ist es nun so weit, die Schnitter IV unter dem Titel „Fegefeuer“ wird veröffentlicht.

Eine überzeugend gelungene Einspielung, wie ich meine, wenn auch einige der Stücke besonders hervorstechen.

Als alter Mühsam-Barde war ich natürlich besonders neugierig auf den Titel Nr.1 „Mein Gefängnis“, dessen Text aus der Feder des 1934 von den Faschisten ermordeten Altmeisters der politischen Lyrik, Erich Mühsam, stammt. Ungeschminkt muß ich aber bekennen, das dieser Titel, wie auch die Nr.3 „Die Gedanken sind frei“ - eines der wenigen deutschen Volkslieder demokratischen Charakters (siehe Steinitz) - in ihrer Machart gegenüber den meisten anderen Titeln etwas zurückbleiben.

Gerade jene Stücke, die sich etwas mehr von der unüberhörbaren Folk-Punk-Wurzel wegbewegen zeigen das eigentliche Potential der Band. Neben dem prägendem E-Geigen-Sound meine ich damit Versatzstücke aus dem Blues- bzw. Funk-Bereich.

Auf Anhieb überzeugt in dieser Hinsicht Titel Nr.2 „Widerstand“, der Programm ist.

Der Text, wie auch die musikalische Umsetzung - einfach genial. Das gleiche gilt für Titel Nr.6 „Ich bin ein freier Mann“, mit dem Text von Georg Herwegh, einem vor allem politischen Dichters des 19. Jahrhunderts.

An dieser Stelle muß man der Band ein besonderes Gespür bei der Auswahl von Texten aus längst vergangenen Zeiten (denkt man) bescheinigen, die aber immer noch hochaktuell sind. Es hat zwar schon so manche Revolution stattgefunden, aber nie wurde jemals eine in aller Konsequenz beendet, weil die Menschen immer irgendwann darüber das Tanzen, die Musik, die Poesie, die Malerei, die Kultur überhaupt vernachlässigt oder gleich ganz vergessen haben.

Viele, teilweise Jahrhunderte alte, Texte werden ausgegraben, manche aktualisiert oder man läßt sich einfach davon inspirieren und dichtet was gänzlich neues. Hervorheben möchte ich die Nr.10 „Er hats gewagt“ mit einem Text des deutschen Reformators Ullrich van Hutten. Hier wird auch in treffender Weise ein kleiner Chor eingesetzt.

Sehr gelungen auch der Titel Nr.12 „Abschiedslied für Peter“, in dem unsentimental aber dennoch sehr gefühlvoll dem vor fast zwei Jahren verstorbenen Freund und Mitbegründer der Gruppe gedacht wird. Mit der Nr.13 „Schlaflied“ findet die neue Schnitter-Scheibe einen würdigen Abschluß. Ich kann es nicht anders sagen: mir lief bei dieser Interpretation eine Gänsehaut über den Rücken. Darum will ich hier wenigstens gleich noch den Text mitliefern.

Schlaflied

Schlaf, schlaf, schlaf, mein Kind
Vor dem Haus da geht ein kalter Wind
Dunkle Schatten ziehen übers Land
Dein Vater muß zu den Soldaten

Korn und Blumen reifen nicht mehr
Alle Felder sind so leer
Keine pflügt den Acker mehr
Deine Mutter muss zu den Soldaten

Nun halt dich fest an meiner Hand
Menschen voll Hass und Angst
ziehen übers Land
Sie haben unser Haus verbrannt
Dein Vater bleibt bei den Soldaten

Schlaf, schlaf, schlaf, mein Kind
Vor dem Haus da geht ein kalter Wind
Dunkle Schatten ziehen übers Land
Deine Eltern bleiben bei den Soldaten



Meine Empfehlung: »Fegefeuer« unbedingt nach dem Erscheinen (am 25.2.02 ist offizielles Release-Datum) zulegen und sofort anhören, das ist alle mal eindrucksvoller, als es eine Besprechung sein kann.

Siehe auch: www.dieschnitter.de

Mit subjektiven Grüßen

blackgreg

http://home.t-online.de/home/hause_brada/



Jazzimprovisationen vom Feinsten

Ein Jazzabend in der Kammer



An einem trüben Novemberabend fand im Theaterfoyer der Freien Kammerspiele Magdeburg - wie jeden dritten Montag eines Monats - „Jazz in der Kammer“ statt. Wie immer kam auch diesmal eine kleine Gemeinschaft, dem angekündigten Duo bestehend aus der jakutischen Shamanen-Sängerin Stepanida Borisova und dem tschechischen Schlagzeuger Pavel Fajt zuzuhören.

Jedoch da war die Bürokratie vor - denn wie der Organisator Warnfried Altman zu Beginn der Veranstaltung bekannt gab, erfuhr er in den Mittagsstunden definitiv, daß Frau Borisova auf Grund von Visaproblemen nicht anreisen konnte. Stattdessen werde nun Pavel Fajt im Duo mit dem chinesischen Mundorgelspieler Wu Wei eine Vorstellung geben. Dies mutete ein wenig an, wie der Zauberer mit dem schwarzen Zylinder, den das Publikum ungläubig beäugt und sich

fragt: was, woher, wie jetzt?

Dem Konzert ging eine bemerkenswerte Improvisationsleistung voraus. Da spielten sie nun, der eine am Schlagzeug, der andere an verschiedenen dem Publikum wohl kaum bekannten Instrumenten, wie eben der dreitausend Jahre alten chinesischen Mundorgel (Sheng), der chinesischen Stabgeige (Erhu) sowie unterschiedlichsten Flöten. Der eigentliche Akt der Improvisation hatte begonnen. Treibende percussiv geprägte Rhythmen verschmolzen mit beweglichen Tonfolgen Asiens. Nichts, was auf einen Kampf der Kulturen hinwies oder eine Konkurrenz zweier brilliant virtuoser Musiker. Zelebriert wurde das Aufeinanderzugehen zweier Menschen, die sich an einem kühlen Nachmittag in einer tristen Stadt das erste Mal trafen, um miteinander intuitiv zu agieren.

Jeder brachte seine musikalisch kulturelle Herkunft ein - mit dem Ergebnis einer wahrlich improvisierten Symbiose. Ein Lehrstück im Kontext der Zeit. Die Akzeptanz des jeweils anderen in Takt und Ton ließ ein heißes cross over entstehen, das besonders unter den räumlichen Gegebenheiten von Nähe zwischen Akteuren und Publikum beeindruckte. Kaum zu glauben, daß nach einer wohl nur spontan möglichen

Absprache zwischen Pavel Fajt und Wu Wei mit Hilfe der Universal-sprache Musik ein derart agiles Klangbild entworfen wurde. Ein kultureller Lichtschweif am trüben Novemberhimmel, dessen Entstehung das Publikum live beiwohnen durfte.



goegue, Dez. 2001

Die Demo

Eine Glosse

Da habe ich mich an einem kalten Dezember-nachmittag doch noch aufgemacht um an der Abschlußveranstaltung der Demo „Stoppt den Krieg und gegen Demokratieabbau“ teilzunehmen. Ein vielversprechendes Motto dachte ich mir und die Liste der dazu Aufrufenden war ebenso vielversprechend. Breit gefächert, von Jugendverbänden über Linke Parteien bis hin zu Vertretern der PDS und der evangelischen Kirche.

Schon seit den Mittagsstunden war die Demo im Gange und verursachte laut lokaler Radiomedien eine erhebliche Verkehrsbehinderung im innerstädtischen Bereich. Da mußte was großes im Gange sein. Tausende demonstrieren in der Innenstadt dachte ich mir und trollte los zum Magdeburger Bahnhofsvorplatz, denn dabei wollte ich nicht abseits stehen.

Ich erwartete so etwas wie ein Treffen der Generationen, endlich vereint im Kampf gegen den unseligen Krieg und für den Erhalt demokratischer Grundrechte und für eine menschengerechte Bildungs-, Gesundheits- und Arbeitspolitik.

So stand ich voller Erwartung am Bahnhof und harpte der Dinge. Da traf auch schon die Vorhut der Demonstranten ein, laut für die „internationale Solidarität“ skandierend und sich mit aufreizenden Trommelklängen begleitend. Jugend voran. Die Stimmung war großartig, ich sah so manches Bier in die Kehlen flie-

ßen und Hunde bellen. Auch Kinder waren dabei. Und in Erwartung einer großen Menschenmenge wurde mir warm ums Herz und die Hände und Füße vergaßen zu frieren.

Doch dabei blieb es dann auch.

Ungefähr 200 Vertreter der Jungen Generation mit einigen wenigen Vertretern aus dem älteren Semester. Das waren alle. Gefolgt von einer auffallend kleinen Schar Grüner, ich meine Polizisten.

Gefehlt haben vor allem die Vertreter der etablierten Organisationen und namhafte Einzelvertreter, die den Aufruf zur Demo mit unterzeichnet haben. Keine großen Reden, keine Anprangerung von Kriegspolitik und Demokratieabbau, keine Wendezeit.

Was noch folgte, waren eine hintergründige Ansprache zu den Ursachen des derzeitigen Feldzuges der militärisch-industriellen Supermacht USA und ein Plädoyer für den von der Todesstrafe bedrohten afro-amerikanischen Journalisten Abu Jamal, gewürzt mit Liedern eines wie zufällig anwesenden anarchistischen Chansonniers.

Dann war Schicht und alles ging auseinander. Die einen zum Rockkonzert oder zur Party, ich trollte mich nach Hause und träumte von einer anderen Welt, später sah ich in der Glotze dann die Science-Fiction-Seifen-Oper: „Star Trek - Treffen der Generationen“ ...



ine - Termine - Termine - Termine - Termine - T

Crossover-Conference

17.01. bis 20.01., ab 18 Uhr in Bremen
„Wir gehen davon aus, dass sämtliche Macht- und Herrschaftsverhältnisse aufs engste miteinander verzahnt sind. Deshalb machen wir u.a. Nation, Patriarchat, Kapitalismus, Heterosexismus, Antisemitismus und Rassismus in ihren Verschränkungen zum Thema“ So leiten die OrganisatorInnen ihre Kongressankündigung ein. Es gibt Work-Shops zu Themen wie „Sexuelle Gewalt und Krieg“, „Innere Sicherheit“, „Postkoloniale Kritik und Queer Politics“ - um nur einige zu nennen. Neben den Work-Shops werden noch jede Menge Filme, sowie die Ausstellung „Bilder aus dem Transitbereich“ gezeigt. Kosten: zwischen 10 und 25 Euro
Infos unter www.summmercamp.squat.net
Infotelefon ab dem 16.1.: 049/(0)117-7577615
E-Mail: summercamp@squat.net

Café im Thiembuktu

18.01., ab 18:00 Uhr, Magdeburg
Thiemstr. 13, Thiembuktu

Information, Desinformation, Manipulation

Die neue Medienwelt zwischen Schein und Wirklichkeit – wie Menschen- und Bürgerrechte missachtet werden
Montag, 21.01., 15.00 Uhr
Bildungsverein Elbe-Saale, Ebendorfer Str.3, 4. Etage

Castor-Koo-Treffen

25.01., 17:00 Uhr, Magdeburg
Thiemstr. 13, Thiembuktu

Zusammen handeln, gegen Nazis, Rassismus und totale Kontrolle

Antifaschistische Aktionswoche 2002
27.01. - 04.02., Berlin
Die Antifaschistische Aktionswoche, die nunmehr vierte ihrer Art, soll wieder eine Zeit der vielfältigsten Aktionen und Veranstaltungen sein und hat auch dieses Jahr das Ziel, neue Projekte mit längerer Ausdauer hervorzubringen. Sie soll wieder die unterschiedlichsten Menschen; Gruppen, Initiativen und Organisationen zusammenführen, um gemeinsam dem Rassismus entgegenzutreten, um zu informieren und aktiv zu werden gegen die totale polizeiliche Erfassung, um antifaschistischen Widerstand aufzubauen und konkrete Unterstützung für Opfer von Diskriminierung jeder Art zu leisten.
Antifaschistische Aktionsbündnis III [A3]
<http://www.a3.antifa.de/>
a3.berlin@firemail.de

Internationale Konferenz gegen Deregulierung & für Arbeitnehmerrechte

Die Initiative dafür geht aus von dem Trägerkreis von ArbeitnehmerInnen, GewerkschafterInnen und politisch Engagierten in Deutschland und dem Komitee für die Umsetzung der Beschlüsse der Offenen Weltkonferenz für die Verteidigung der Gewerkschaftsunabhängigkeit und der demokratischen Freiheiten.
Vom 22. bis 24. Februar 2002 findet in Berlin
Infos: <http://home.t-online.de/home/ikgd/>

Auf dem Weg zum Frieden?

Die palästinensische Sicht - Vortrag von Abdallah Frangi, Leiter der Generaldelegation Palästinas in der BRD

Veranstalterin: Vereinigung der Freunde Palästinas in Sachsen-Anhalt

Mittwoch, 30.01. 19:00 Uhr im Hörsaal 1, Gebäude 52, Steinernetischstrasse (Nähe Uniplatz)

Gegen das Treffen der Welt-Kriegselite!

01.02. - 02.02., München, Marienplatz

Stoppt die Kriegspolitik der NATO!

Wie jedes Jahr findet im Februar die „Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik“ (die frühere Wehrkundetagung) statt, ein Treffen von Regierungsvertretern der NATO-Staaten und rund 200 hochkarätigen Militärstrategen, Generälen und Rüstungsexperten.

Aufruf und Infos zu den Gegenaktivitäten auf den Webseiten des Buko

<http://www.buko24.de/nato.htm>

Die Kinder von Bethlehem

Ellen Rohlfs liest aus ihren Büchern „Sag, Mutter, wie sieht Frieden aus?“ und „Die Kinder von Bethlehem“

Mittwoch, 07.02. um 15:00 Uhr im Evangelisches Kultur- & Info-Cafe Mitten-drin, Leiterstrasse 4

Prozesstraining

15.-17.02., Magdeburg

Thiemstr. 13, Thiembuktu & Blaue Welt Archiv

NPD-Aufmarsch verhindern!

19.02., Magdeburg

Mehr Infos: www.black-red.de

Castor-Koo-Treffen

22.02., 17:00 Uhr, Magdeburg

Thiemstr. 13, Thiembuktu

Kongreß „Die Linke und die Macht“

22.02. - 23.02., Magdeburg

Gestaltungsmacht - Gestaltungsspielraum linker Politik

Die gemeinsame Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit dem Bildungsverein ELBE-SAALE Sachsen-Anhalt e.V. und der PDS-Fraktion im Deutschen Bundestag gibt Gelegenheit zur Diskussion über Gestaltungsmacht und Gestaltungsspielräume linker Politik in Deutschland und zur Darlegung von Visionen.

Anzeige



VINYL CD VIDEO SHIRTS

FIRST & SECOND HAND

MD HEIDESTRASSE 36 MO-FR 11-19.00 DO - 20.00 SA 10-14.00 UHR

Referenten: Gabi Zimmer (PDS-Bundesvorsitzende), Rainer Trampert (Hamburg, ehem. Sprecher der Grünen) und Dr. Michael Chrapa (Halle, Sozialwissenschaftler), Roland Claus (Vorsitzender der PDS-Bundestagsfraktion), Prof. Dr. Wolfgang Rensch (Universität Magdeburg), Dr. Jürgen Weißbach (DGB-Vorsitzender Sachsen-Anhalt), Birke Bull und Wulf Gallert (beide MdL), Prof. Dr. Erwin K. Scheuch (Direktor der Gesellschaft für Sozialforschung).

Castor-Plenum

08.03., 17:00 Uhr, Magdeburg
Thiemstr. 13, Thiembuktu

Castor-Koo-Treffen

22.03., 17:00 Uhr, Magdeburg
Thiemstr. 13, Thiembuktu

Naziaufmarsch verhindern!

06.04., Leipzig
Zum 3. Mal gilt es, einen geplanten Naziaufmarsch der Freien Kameradschaften zu verhindern...
Infos: <http://www.left-action.de/>



Der Störenfried im Abo

Wer in Zukunft immer aktuell informiert sein will, der kann unsere Kollektion journalistischer Laienkunst auch im Abo beziehen. Dafür braucht ihr euch nun maximal noch bis zum Briefkasten schleppen - und seid trotzdem über den Stand der Vorbereitungen zur Weltrevolution informiert. Allerdings hat das auch seinen Preis: zusätzlich zu den Kopierkosten von 0,80 kommen noch die für die deutsche Pest in Höhe von rund 0,50 Öros. Macht nach Adam Ries und beide Augen zugedrückt 5 Euro für's Jahresabo.

Ist Euch zu wenig? Dann könnt ihr natürlich auch nach Gutdünken mehr Kohle rüberwachsen lassen und damit - ohne weitere eigene Anstrengungen - das Erstarken der revolutionären Klasse in Magdeburg beschleunigen.

Das Geld dann einfach als Schein(e) - notfalls auch Briefmarken - an die Adresse auf der letzten Umschlagseite schicken und schon kommt das Magdeburger Zentralorgan für Agitprop bequem ins Haus.

Anmerkung

Wir möchten Euch an dieser Stelle wieder aufrufen, uns rechtzeitig Eure Termine zukommen zu lassen - Kontaktadressen findet Ihr auf der letzten Umschlagseite. Am günstigsten für uns ist natürlich eine Zusendung per Mail, damit sparen wir uns das mühselige Abtippen.

Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe ist der 15. März 2002.

Kontaktadressen:

Anti-Castor-Netz Magdeburg

c/o BUND, Olvenstedter Str. 10
<http://www.antiatom.de/magdeburg/>

Arbeitskreis Antifaschismus MD (AKA)

<http://www.crosswinds.net/~akamagdeburg>
bzw. www.antifa-md.de.vu
Email: akamagdeburg@crosswinds.net
Postfach 0834, 39104 Magdeburg

Autonomer Zusammenschluß MD

MAGMA, PF1751, 39007 MD
Email: azmagdeburg@hotmail.com
<http://www.az-md.org/>



Thiemstraße 13, 39104 MD (Buckau)
Email: Blaue-Welt-Archiv@web.de
Web: <http://www.bwa.black-red.de/>
Telefon: 0391/40829081
Öffnungszeiten: mittwochs von 17-19.30 Uhr.

Die Gruppe MD

Informationspool im Web.
Postfach 1943
39009 Magdeburg
Email: mailto@die-gruppe-md.de
<http://www.die-gruppe-md.de>



bes (Bildungsverein Elbe-Saale)

Landesgeschäftsstelle
Ebendorfer Straße 3
Telefon und Fax: 0391/7324980
39108 Magdeburg
<http://www.bildungsverein-elbe-saale.de>
Email: [bildungverein.elbe-saale@t-online.de](mailto:bildungsverein.elbe-saale@t-online.de)

Kneipe in der „Ulrike“

dienstags Videoabend, donnerstags Kneipen-
abend jeweils ab 17:30 Uhr,
Diesdorfer Str. 15 (Hinterhaus)
Infoladen und A&V täglich von 16 - 20 Uhr



Freie ArbeiterInnen Union MD

(Anarchistische Gewerkschaftsinitiative)
Email: faumd@fau.org

Harte Zeiten

Offene Jugendzeitung für Sachsen-Anhalt
Postfach 1106
39328 Hermsdorf
Tel.: 0177 / 2434264
Fax: 039206 / 51004
Email: HarteZeiten@gmx.de
<http://www.atglobal.net/hartezeiten/>



jungdemokratInnen - junge linke

<http://www.jungdemokratinnen.de/lisa>
c/o IVVdN, Ebendorfer Str. 3, 39108 MD
0177/6378066 (Stefan)
Email: lisa@jungdemokratinnen.de
Büroöffnungszeiten jeden Dienstag ab 17.00 Uhr
in der Ebendorfer Str.3

Rechtsausschuß Magdeburg

Email: RechtsausschussMD@gmx.net
<http://www.rechtsausschuss-md.2xs.net/>

Rote Hilfe MD

Email: magdeburg@rote-hilfe.de
[http://www.nadir.org/nadir/
initiativ/rote-hilfe/magdeburg/](http://www.nadir.org/nadir/initiativ/rote-hilfe/magdeburg/)



Wabe e.V. (Wohnprojekthaus)

Thiemstraße 13, 39104 Magdeburg
Wabe e.V. hat auch ein eigenes Café mit dem
schönen Namen „ThiemBuktu“
Öffnungszeiten:
Mittwoch und Sonntag ab 18.00 Uhr sowie Mon-
tage-Café (siehe Terminkalender)

Kontakt:

Der Störenfried

c/o Blaue Welt Archiv
Thiemstraße 13
39104 Magdeburg

eMail: blaue-welt-archiv@web.de
Web: <http://www.black-red.de>
ViSdP: W. Wunderer
